

Die zur Resolution eingebrachten Amendements werden sämtlich abgelehnt. Ueber die Resolution selbst findet namentliche Abstimmung statt. An derselben sind Bebel und Hülse, die sich nach Duisburg resp. Barmen begeben haben, um dort in Volksversammlungen zu sprechen, theilzunehmen verhindert; sie lassen erklären, daß sie für die Resolution gestimmt haben würden.

Die Resolution wird, wie unter lautem Beifall der Vorstehende verkündet, mit 192 gegen 8 Stimmen angenommen.

Mit Ja stimmen: Adler, Albert, Antrich, Arons, Auer, Bärer, Bamberger, Beckmann, Bérard, Berthold, Bilz, Bock, Böcker, Bogasch, Bohne, Breil, Breg, Buder, Dahlen, Deinhardt, Diehl, Döppler, Dreyer, Dubber, Eberle, Eichhorn-Dresden, Eichhorn-Pirna, Erdbeer, Fell, Fellgentreff, Fickermann, Fischer-Hamburg, Fischer-Berlin, Franke, Fries, Frits, Frohne, Fuchs, Fülle, Galm, Geck, Gerisch, Gerischer, Gerlach, Gewehr, Geyer, Godel, Gottschald, Grauer, Günther, Haase, Hamann, Händel, Harn, Hasche, Heilmann, Heinrich, Herbert, Hesse, Heßner, Heusinger, Hillermann, Hofmann, Hofmeister, Hofrichter, Holzhäuser, Hölzke, Huber, Huth, Jacoben, Jahn, Jochem, Joest, John, Jost, Jöstz, Kadon, Kasenstein, Kaufmann, Keller, Kerri, Keßler, Kleemann, Klees, Klüdingen, Klippel, Kobel, Koenen, Köhler, König, Komalewsky, Künzel, Künke, Kutsche, Lange, Legien, Lehmann, Lehninger, Leichhardt, Leopoldt, Lesche, Leßner, Leven-Solingen, Liebfried, Lienau, Lütgenau, Luy, Meiß, Meißter, Meiß, Metzger, Meßner, Meyer, Michaelis-Waldenburg, Michels-Köln-Land, Millarg, Moltenbuhr, Müller, Mülski, Müßichte, Oertel, Oßermann, Opificius, Orbig, Oster, Paul, Prinz, Quandt, Rahm, Raue, Reinhardt, Reißhaus, Riedel, Röder, Rohrlach, Rosenow, Rüdft, Schaaf, Schaal, Schallbruch, Schappel, Schmidt-Burgstädt, Schmidt-München, Schmidt-Zwickau, Schmidt-Berlin, Schmidt-Frankfurt, Schmitt-München, Schmitt-Pirmasens, Schmitt-Gresfeld, Schneider, Schoenlant, Schraber, Schröder, Schulze-Königsberg, Schulz-Berlin, Schulz-Wilhelmsburg, Schulz-Wenigenjena, Schulz-Wernburg, Schumacher-Mülheim, Schumacher-Solingen, Schwarz, Silberschmidt, Singer, Slomke, Spürfel, Stadthagen, Stamm-Gannstadt, Stamm-Reimscheid, Stein, Stephan, Strinus, Stolten, Ströbel, Stubenrecht, Stücklen, Stüven, Sussoj, Ziele, Tiede, Türl, Voigt, Vöfel, Wassermann, Wengels, Wernicke, Weßler, Wiehle, Wurm, Zeitlin, Ziegeler, Zubeil.

Mit Nein stimmen: Vater, Hug, Schmalfeld.

Durch diese Abstimmung sind die Anträge 71—75, 77, 80 und 126—128 erledigt. Ueber den Antrag 81 wird zur Tagesordnung übergegangen; die Anträge 82 und 83 werden abgelehnt. Antrag 84, „die Maifestzeitung in besserer Ausstattung als bisher erscheinen zu lassen,“ wird angenommen.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Es tritt um 1/2 7 Uhr eine kurze Pause ein, während deren die Mandatprüfungs-Kommission die Ermittlung der Wahl zur Siebener-Kommission beendet, damit das Resultat noch heute zur Verkündung gelangen kann.

Um 7 Uhr wird die Sitzung vom Vorstehenden Fell wieder eröffnet und das Wahlergebnis bekannt gegeben. Es sind 193 Zettel abgegeben, davon 26 ungültig, weil je mehr als 7 Namen enthaltend. Stimmen haben erhalten: Gerisch 135, Stolten 79, Geck 66, Stadthagen 47, Lehmann 46, Klees 45, Gewehr und Meßner je 44. Von den letzteren beiden wird Gewehr als im Alphabet voranstehend für gewählt erklärt.

Schumacher lehnt Gewehr-Eberfeld als Mitglied der Siebener-Kommission ab; an seine Stelle tritt Meßner und nach dessen Ablehnung Meiß.

Mit Rücksicht darauf, daß die Kölner Genossen für Donnerstag Abend in dem Kongresslokal einen Kommerz veranstalten, wird beschloffen, am Donnerstag die Nachmittags-sitzung ausfallen zu lassen, dafür aber die Vormittags-sitzung von 9 bis 3 Uhr auszubehnen.

Schluß 7 Uhr 20 Minuten.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 26. Oktober.

9 1/2 Uhr. Vorsitzender Singer eröffnet die Sitzung mit einem Glückwunsche an den Genossen Bärer-Harburg zu seiner auf den heutigen Tag fallenden silbernen Hochzeitfeier. Seit 1864 steht Genosse Bärer in der Bewegung, alle Phasen des Ausnahmegesetzes, Ausweisung und Verfolgung hat er mit durchgemacht, und auch heute stellt er sein Pflichtgefühl derart in den Vordergrund, daß er, statt an solchem Tage im Kreise seiner Familie zu weilen, an den Arbeiten des Parteitages für das Wohl der Partei sich theilhaftig. Hierfür gebührt ihm unsere Anerkennung. (Allseitiger Beifall.)

Wieder sind Glückwünsche und Sympathiebezeugungen an den Parteitag eingegangen, darunter ein Telegramm von den organisirten Genossen in Brunn.

Da Meiß nicht im Stande ist, den Sitzungen der Siebener-Kommission beizuwohnen, soll derjenige Delegirte, der nächst ihm bei der Wahl die höchste Stimmenzahl erhalten hat, zu der Kommission einberufen werden.

Auf der Tagesordnung steht Punkt 6:

Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Unterstützung durch die Parteigenossen.

(Referent: Legien, Korreferent Auer.)

Gleichzeitig werden zur Verhandlung gestellt die bereits in der gedruckten Vorlage enthaltenen Anträge 85—89, sowie die verspätet eingegangene Resolution von Ferd. Schlumberger:

In Erwägung, daß das Fortbestehen der Gewerkschaftsbewegung ebenso notwendig ist, als die Fortentwicklung der politischen Parteibewegung;

in fernerer Erwägung, daß die Hauptaufgabe der Gewerkschaftsbewegung die Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen auf wirtschaftlichem Gebiete, sowie die Ausbreitung sozialistischer Ideen unter ihren Mitgliedern zu fördern, empfiehlt der Parteitag allen Genossen für die Fortentwicklung der Gewerkschaftsbewegung nach besten Kräften Sorge tragen zu wollen.

Jedoch lehnt der Parteitag es entschieden ab, durch etwaigen Beschluß seinen Parteiangehörigen die Verpflichtung aufzuerlegen, Mitglieder ihrer Berufsorganisation zu werden; da ein derartiger Beschluß eher Schaden als Vortheil in sich birgt.

Ferner ist von Auer, Webel, Fischer, Gerisch, Siebnecht, Singer, Schtippel, Reichhaus, Vock, Blüthenau, Ad. Geck, Raben, Stolten, Frohne, Schoenlant und Dertel folgende Resolution zu diesem Gegenstand vorgelegt worden:

In Erwägung, daß der Parteitag in Halle sowohl in der Resolution Kloss-Gründerberger wie in der Resolution Glöckle und Genossen die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zur Führung der wirtschaftlichen Kämpfe ausgesprochen und die kräftigste Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung durch Anschluß an die bestehenden Organisationen oder Neugründung an Orten, wo solche nicht bestehen, den Parteigenossen empfohlen hat;

in weiterer Erwägung, daß seit jener Zeit kein Ereigniß eingetreten ist, das eine Aenderung der Stellung der Partei zur Gewerkschaftsbewegung, sei es in prinzipieller oder taktischer Richtung, nothwendig erscheinen läßt;

in fernerer Erwägung, daß die Partei kein Mittel besitzt, auf die Genossen anders als durch die moralische Verpflichtung einzuwirken, diese aber in jenen Beschlüssen rückhaltlos ausgesprochen ist,

wiederholt der Parteitag den Ausdruck der Sympathie mit der Gewerkschaftsbewegung und legt den Parteigenossen von Neuem die Pflicht auf, unermüd-

K

lich für die Erkenntniß der Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen zu wirken und mit aller Kraft für deren Stärkung einzutreten.

Endlich liegt eine Resolution von Dr. Leo Arons vor, folgenden Wortlauts:

Wenngleich sich auf dem Parteitag kein einziger Genosse befindet, welcher nicht von der hohen Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation für die Arbeitersache durchdrungen ist, so weisen doch Beobachtungen zahlreicher Delegirter darauf hin, daß selbst in Kreisen vorgeschrittener Parteigenossen die Antheilnahme an der Gewerkschaftsbewegung nicht genügend reg ist.

Veranlassung zu dieser Lässigkeit sind einmal die vielfach ungünstigen Erfahrungen der letzten Jahre in den Kämpfen um die Arbeitsbedingungen, andererseits die noch in manchen Köpfen herrschende irrige Meinung, daß das mächtige Anwachsen der politischen Partei die Thätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen überflüssig mache.

Der Parteitag spricht deshalb seine Anschauungen ausdrücklich folgendermaßen aus:

Die Gewerkschaften haben die doppelte Aufgabe:

1. Die geschlossenen Reihen zu bilden, welche sich der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen nach Kräften entgegenstemmen und um welche sich zu Zeiten des Nachlassens der Krisen die Massen scharen behufs Eringung besserer Arbeitsbedingungen. Jeder Erfolg hierbei bedeutet aber einen Fortschritt der sozialdemokratischen Bewegung, indem sie den Arbeitern Mittel und Zeit zur Beschäftigung mit den sozialdemokratischen Lehren schafft.

2. Die indifferenten Arbeitermassen heranzuziehen, das Solidaritätsgefühl zu wecken und Aufklärung über die allgemeine wirtschaftliche Lage im Anschluß an die im engsten Kreise fühlbare Lage zu verbreiten. Damit hierbei nicht die von vielen Seiten befürchtete Verflachung der Bewegung eintritt, ist es nöthig, daß gerade die vorgeschrittensten Parteigenossen allerorts sich an der Arbeit betheiligen.

Der Parteitag erklärt deshalb:

Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, wenn nicht zwingende Gründe ihn hindern, einer der in seinem Gewerbe bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen anzugehören.

Referent Legien: Die Frage der gewerkschaftlichen Organisation beschäftigt den deutschen Parteitag heute bereits zum dritten Male. In Halle wurde die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation nachgewiesen und der Parteitag beschloß demgemäß. In Berlin wurde die Frage des Boykotts in Betracht gezogen und

K

dabei die Gewerkschaftsfrage erörtert. Ich halte diese Beschäftigung durchaus nicht für einen Nachtheil, sondern würde es für vortheilhaft halten, wenn jeder Parteitag neben dem Bericht über die politische Bewegung einen Bericht über den Stand der gewerkschaftlichen Bewegung erhalten würde, weil beide nach meiner Ansicht fast gleich wichtig sind. Der diesmalige Bericht des Parteivorstandes beschäftigt sich ja auch sehr ausführlich mit der Frage, nur muß ich einige darin enthaltene Irrthümer berichtigen. Die Bemerkungen über die Ausführungen des „Korrespondenzblattes“ entsprechen nicht vollständig den thatsächlichen Vorgängen. Es wird dort eine Form der Kritik und der Polemik geübt, welche zur Beseitigung der etwa bestehenden Differenzen nicht dienen kann. Es heißt dort: „In diesen Artikeln (des „Korrespondenzblattes“) ist von prinzipiellen Gegnern die Rede und wird zum Beweise dafür, daß es solche selbst unter den bekannteren und einflußreicheren Parteigenossen giebt, auf eine Aeußerung eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten hingewiesen, die derselbe auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongreß gethan haben soll, indem er von „der verderblichen Tendenz der hohen „Beiträge“ in den Gewerkschaften gesprochen hat“ u. s. w. Redner verließ darauf die betreffende Stelle aus dem „Korrespondenzblatt“ und führt dann aus, daß in dem „Korrespondenzblatt“ der gegen die Mitglieder der Fraktion gerichtete Vorwurf zurückgewiesen sei, während der Geschäftsbericht die Sache umdrehе. Man hätte also im Bericht des Parteivorstandes entweder wörtlich oder gar nicht zitiren sollen.

Unsere Stellungnahme ist offenbar in der letzten Zeit innerhalb der Parteipresse auf sehr fruchtbarem Boden gefallen; es wurden sehr gute Artikel über die Gewerkschaftsbewegung gebracht und wir könnten damit sehr zufrieden sein. Aber andererseits genügt dies nicht. Die etwa noch bestehenden Differenzen müssen ausgeglichen werden, und dazu ist der Parteitag die geeignete Stelle. Die Behauptung, daß die Parteigenossen die Gewerkschaftsbewegung nicht genügend unterstützen oder nicht sympathisch gegenüberstehen, ist durchaus nicht neu. Bebel äußerte sich auf dem internationalen Kongresse in Paris dahin, daß man sich in der Partei dem ökonomischen Kampfe der Arbeiterklasse mehr zugewendet habe, nachdem man eingesehen habe, daß der Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft noch recht fern sei und dieselbe doch, wie der letzte Wahlkampf bewiesen, noch recht feststehe. Diese Aeußerung hat mich von Bebel, der, wie mir Mitte der achtziger Jahre verschiedene Hamburger Genossen versicherten, früher ein entschiedener Gegner der Gewerkschaftsbewegung gewesen sein soll, außerordentlich gefreut. Es ist also nicht von untergeordneter Bedeutung für die Gewerkschaften, wenn hervorragende Parteiführer ihnen gleichgiltig gegenüberstehen. Ich führe hier noch ergänzend die Bemerkungen von

Gloß auf dem Hallenser Parteitage an, der zugab, daß durch das Ignoriren der Gewerkschaftsbewegung das Wachstum der Partei sehr aufgehalten worden sei, und die Aeußerung von Vogt, der in des Distiktion die Hoffnung aussprach, daß das Referat von Gloß denjenigen Theil der Genossen, welcher eine gleichgiltige Haltung der Bewegung gegenüber bewachte, vielleicht umstimmen würde. Dieser Meinung ist auch in Halle von keinem der nachfolgenden Redner widersprochen worden. Wir haben also mit unsere Ausführungen im „Korrespondenzblatt“ vollkommen Recht gehabt und behalten.

Die Veranlassung zu der neuerlichen Diskussion über die gewerkschaftliche Organisation wurde durch Ausführungen im „Korrespondenzblatt“ über den Züricher Kongreß herbeigeführt.

Es ist nun nicht meine Aufgabe, Ihnen hier einen gewerkschaftlichen Vortrag zu halten über Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation. Ich will nicht darauf eingehen, inwiefern diese Organisation, indem sie die Arbeiterkreise materiell besser zu stellen sucht, diese gleichzeitig für die politische Bewegung stärkt, denn darüber sind wir uns einig, daß derjenige Kreis der Parteigenossen als der bessere gilt, der ein besseres Einkommen und bessere Lebenshaltung hat, und wenn es der Bewegung gelingt, auch nur Einiges auf diesem Gebiete zu erreichen, so ist das schon ein Vortheil, der die Partei veranlassen muß, sie zu unterstützen. Die gewerkschaftliche Organisation ist die Vorstufe für die politische Bewegung. Wenn wir an Arbeiterkreise, die absolut dem wirthschaftlichen und politischen Kampfe bisher fern gestanden haben, herantreten wollen, so dürfen wir ihnen zuerst nicht mit weittragenden politischen Ideen kommen; die Gewerkschaftsorganisation zieht den Arbeiter dadurch heran, daß sie ihm materielle Vortheile in Aussicht stellt, ihm den Mangel an Harmonie zwischen Arbeit und Kapital klarlegt und so auch die indifferentesten Arbeiterschichten in die Bewegung hineinzieht. So ist sie das beste Agitationsmittel für die politische Bewegung. Aber weiter ist auch diese Organisation eine viel bessere Schule als die politische Organisation, viel besser geeignet, den Arbeiter zu einem festen Charakter, zu einem opferfreudigen Genossen zu machen. Die politische Organisation stellt an ihre Zugehörigen nicht die Anforderungen wie die gewerkschaftliche. Die erstere findet ihren Hauptausdruck in der Betheiligung an den Wahlen. Es ist ja für den Arbeiter nicht so schwierig, alle 5 Jahre einmal einen Wahlsessel abzugeben; einem Wahlverein beizutreten, alle 4 Wochen einmal eine Versammlung zu besuchen und die geringen Beiträge zu zahlen, welche die politische Organisation fordert. Im Gegenfatz dazu verlangt die gewerkschaftliche Organisation stets und steigend materielle Opfer von ihren Mitgliedern, sie fordert, daß er beim Lohnkampf mit

K

K

seiner ganzen Existenz, mit seiner ganzen Person für die Gesamtheit eintritt. Die Forderung stellt die Partei niemals an ihre Angehörigen. (Widerspruch.) Diese Thatsache läßt sich nicht leugnen, Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Verhält es sich aber so, so werden wir gerade in der gewerkschaftlichen Organisation die beste Erziehungsanstalt für unsere Genossen zu erblicken haben. Die gegenwärtigen Kämpfe auf beiden Gebieten sind ja überaus schwer, aber die zukünftigen werden noch bedeutend schwieriger sein, und in diesen bevorstehenden Kämpfen und eventuell im letzten Entscheidungskampf brauchen wir Leute, welche ihre ganze Person und Existenz für die Gesamtheit einsetzen; die müssen wir uns also erziehen, und dabei leistet die gewerkschaftliche Organisation außerordentliche Hilfe. Wenn nun die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter immerfort darauf hinweisen, daß die Partei und die Parteipresse diese Bewegung nach jeder Richtung hin unterstützen soll, so kann man uns daraus doch keinen Vorwurf machen. Niemand ist von den Führern der gewerkschaftlichen Bewegung behauptet worden, daß die gewerkschaftliche Organisation etwas anderes als ein Palliativmittel sei innerhalb der heutigen bürgerlichen Gesellschaft; es liegen Anhaltspunkte dafür nirgends vor, daß zu Gunsten der Partei seitens der gewerkschaftlichen Bewegung irgend etwas vernachlässigt worden sei. Wir überschätzen die Bedeutung der Bewegung nicht, wollen diese Bewegung aber gefördert sehen.

Ist nun durch die Parteipresse alles geschehen, was hatte geschehen können, um ihr Vorschub zu leisten? Ich habe in manchen Blättern der Partei in den letzten Jahren Aeußerungen gefunden, welche zweifellos nicht dafür sprechen. Der „Vorwärts“ brachte nach dem Halberstädter Kongreß einen Bericht über die Kongreßverhandlungen, welcher Sympathie für die Bewegung nicht athmete. Wenn man von diesen Verhandlungen als von einem „Froschmäusekrieg“ spricht, so liegt doch nahe, daß diese Beurtheilung dahin wirken wird, daß die weniger mit der Sache vertrauten Genossen sich der gewerkschaftlichen Organisation nicht anschließen werden. Ferner ließ sich ein Artikel des „Chemnitzer Beobachters“ (Nr. 80 vom Jahre 1892) gelegentlich einer Statistik über die Stärke und Leistungsfähigkeit der Bewegung dahin aus, daß man zwar der Bewegung nicht feindlich gegenüberstehe; in der Einleitung aber wurde der deutsche Buchdruckerstreik dahin beleuchtet, daß es mit dem wirtschaftlichen Kampfe nicht gethan sei, daß mit dem Scheitern des Streikes der Beweis erbracht sei, daß der wirtschaftliche Kampf nichts nütze, bevor die Arbeiter sich politische Rechte errungen hätten. Das heißt doch nichts andres als: Wir brauchen den wirtschaftlichen Kampf überhaupt nicht zu führen, bevor wir nicht die bürgerliche Gesellschaft anders gestaltet haben. (Lebhafter

K

Widerspruch.) Der Artikel leidet überhaupt an großer Oberflächlichkeit, indem er die Statistik mit dem Scheitern des Streiks in Verbindung brachte, der beim Abschluß der Statistik noch vollständig im Gange war. Ferner erwähne ich einen Auspruch des „Vorwärts“, der mißverständlich aufgefaßt werden konnte, wo von dem Referenten einer Versammlung gesagt war, er wäre schließlich „auf den weichen Kehrichthaufen der Gewerkschaftsbücherei“ zu liegen gekommen. Wenn solcher Ausdruck von der Bewegung gebraucht wird, werden sich doch die Parteigenossen nicht bewogen fühlen, auch auf diesem weichen Kehrichthaufen zu liegen zu kommen. Ferner hat das „Volksblatt für Teltow-Beeskow“, ein Blatt, das in der Druckerei des „Vorwärts“ gedruckt wird, zum Theil als Kopfblatt desselben, also doch mit der Redaktion des „Vorwärts“ und so auch mit der Parteileitung Fühlung hat, anlässlich der Besprechung von Streikbewegungen in Australien bemerkt, daß der wirtschaftliche Kampf doch sehr wenig Aussichten biete, weil die Stellung der Kapitalisten eine zu starke ist, der Kampf für die politische Macht würde stets der wichtigere bleiben, der ökonomische Kampf finde die Arbeiter stets tief gespalten, und je trauriger die Lage, desto schärfer und schädlicher die Spaltung. Der kleine Krieg habe zwar auch seine Vorzüge, sei aber für die Endziele der Partei von untergeordneter Bedeutung. Sind diese Ausführungen eines Parteiorgans geeignet, dazu beizutragen, die indifferenten Arbeiter in der Bewegung hineinzuziehen? Ich bezweifle es sehr! (Widerspruch.) Wenn Sie anderer Meinung sind, ist mir das ziemlich gleichgültig; ich habe versucht, die Sache so darzustellen, daß Sie sich selbst ein Urtheil darüber bilden können. Gegen derartige Ausführungen unsererseits zu polemisieren, ist nicht bloß ein Recht, sondern auch eine Pflicht. Die gewerkschaftlichen Organisationen haben sich in der Generalkommission eine Gesamtvertretung geschaffen, in ihr soll sich das gewerkschaftliche Leben konzentriren; sie ist verpflichtet, alles was in der Parteibewegung vorgeht und der gewerkschaftlichen nachtheilig sein könnte, zurückzuweisen und dagegen zu polemisieren.

Meine persönlichen Erfahrungen müssen an dieser Stelle auch noch erwähnt werden. Ich habe mit Auer eine Korrespondenz geführt, welche ja an und für sich einen persönlichen Charakter trägt, weil Parteivorstand und Generalkommission nicht mit einander in Verbindung treten können. Wenn aber auch diese Korrespondenz persönlich ist, so weiß man doch, daß Auer im Parteivorstande gewissermaßen die Spitze bildet, der Punkt, um den sich alles andere dreht (große Heiterkeit), während ich andererseits die Meinung der Generalkommission vertritt. Ich wende mich also an den Genossen Auer, wenn ich erfahren will, wie in den leitenden Parteikreisen über die Gewerkschaftsbewegung gedacht wird. 1891 schrieb mir

K

Auer persönlich, daß nach seiner Ansicht die Generalkommission neben dem Parteivorstand auf die Dauer nicht würde bestehen bleiben können, schon aus finanziellen Gründen, weil sie sich gegenseitig die Kräfte entziehen. In einer Fraktionsitzung sagte Auer gelegentlich der Besprechung der Maifeyer, man müsse auf die Gewerkschaftsbewegung sehr Acht haben, sie sei jetzt das Flämmchen, das unter der Asche glüme. Die hier befürchtete Gefahr, daß die Gewerkschaftsbewegung über die politische die Oberhand gewinnen werde, liegt aber doch gewiß nicht vor. In einem weiteren Briefe schreibt mir Auer als Antwort auf den Artikel in Nr. 19 des „Korrespondenzblattes“:

„Während früher die Gewerkschaften als ein zwar selbständiger Theil, aber immer nur als ein Theil der organisierten, klassenbewußten Arbeiterbewegung betrachtet sein wollten und auch betrachtet wurden — etwa wie die Artillerie eine Spezialwaffe in der Armee, aber doch nicht diese selbst, sondern nur ein Theil derselben ist — macht sich seit der Gründung der Generalkommission das Bestreben bemerklich, die Gewerkschaften von der politischen Partei zu trennen und beide Organisationen als rivalisierende Mächte zu behandeln. Ich halte diese Bestrebungen, welche speziell in der Generalkommission ihren Ausgangs- und Stützpunkt haben, für sehr verkehrt und wenn sie größeren Anklang fänden, geradezu für verhängnißvoll für die ganze deutsche Arbeiterbewegung. Ich fürchte nun zwar nicht, und die Erfahrungen seit Halberstadt bestätigen das, daß Ihre und Ihrer Freunde Separationsbestrebungen irgend welchen Erfolg haben werden. Die Zahl der alten Genossen, welche die Partei und Gewerkschaften unter den schwierigsten Verhältnissen in treuer Waffenbrüderschaft Schulter an Schulter haben kämpfen sehen und selbst mitkämpfen, ist eben doch zu groß, als daß Ihre aus den Mägeln gesogenen Behauptungen über die angebliche Vernachlässigung der Gewerkschaften irgendwie ernst genommen zu werden brauchten. Es mag ja für die Väter der Generalkommission sehr ärgerlich sein, daß der Einfluß dieser Körperschaft ein so bescheidener geblieben ist und die hochliegenden Pläne sich so gar nicht verwirklichen wollen. Aber die deutsche Arbeiterbewegung ist nun einmal kein Feld, auf dem der Weizen der Gompers und Konforten blüht. . . . Such am „Korrespondenzblatt“ scheint das Fell arg zu jucken, und wenn es denn sein muß, dann wird es auch gelegentlich gekrächelt werden (große Heiterkeit des Parteitages), hoffentlich seht Ihr aber noch zur rechten Zeit ein, daß es Besseres zu thun giebt, als sich gegenseitig zu reiben.“

Auer hat hier wieder einen Beweis seiner Leistungsfähigkeit erbracht, aber die Sache hat eine weitere Bedeutung. Es liegt kein Anlaß vor, einen solchen Vorwurf zu erheben, als ob die Mit-

glieder der Generalkommission danach streben, dieselbe Stellung wie Gompers und Genossen einzunehmen. Diesen schweren Vorwurf müssen wir zurückweisen, wir bethätigen uns nach beiden Gebieten hin gleich eifrig; die hier uns gesagten Liebenswürdigkeiten habe ich dahin beantwortet:

„Derder bin ich nicht in der Lage, auf Ihre Auseinandersetzung Ihnen antworten zu können, weil ich gewohnt bin, mit meinen Parteigenossen so höflich zu verkehren, als der geringe Bildungsgrad, den ich mir als Arbeiter anzueignen vermochte, es mit gestattet. (Unruhe). Sie scheinen jede Meinungsäußerung, die nicht mit Ihrer Meinung übereinstimmt, für ein Vergehen zu halten. Hoffentlich werden Sie es aber nicht für ein Vergehen halten, daß ich mich der stillen Hoffnung hingebe, daß eine Zeit kommen wird, wo nicht nur die auserlesenen Führer der Partei, sondern auch die weniger qualifizierten Genossen ihre Meinung äußern dürfen.“

das habe ich ihm recht höflich (Heiterkeit) gesagt und damit ist für mich die Sache erledigt. Sie ersehen, daß jedenfalls der Genosse Auer der Bewegung nicht so ganz sympathisch gegenübersteht.

Nun läßt sich nicht leugnen, die gewerkschaftlichen Organisationen in Deutschland sind ja überaus schwach; günstigenfalls hätten wir 5% der sämtlichen Arbeiter organisiert; einzelne standen ja sehr günstig, wie die Handschuhmacher 76%, aber andere hatten nur bis herunter zu $\frac{2}{10}$ % vereinigt. Nachdem aber einmal durch die Partei die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation anerkannt worden ist, muß man alles daran wenden, sie von dieser Schwäche zu befreien. Nach dieser Richtung wünschen wir einmal, daß die hervorragenden Genossen sich dieser Organisation ebenso zuwenden, wie der politischen. Sie sollen dort nicht die praktischen Arbeiten verrichten, aber es giebt noch heute Genossen, welche einfach sagen: „Was wollt ihr denn mit euren Organisationen? die leitenden Kreise gehören ihnen doch nicht an, und was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig.“ Neben diesem Wunsche, den wir im Namen der organisierten Arbeiterschaft aussprechen, haben wir noch den andern, daß die Frage der gewerkschaftlichen Organisation von der Parteipresse etwas mehr kultivirt würde. In den Redaktionen der Arbeiterzeitungen sind Leute genug vorhanden, welche mit der Sache genau vertraut sind und selbständig darüber zu schreiben vermögen; die gewerkschaftliche Leitung hat also garnicht nötig, das Material zu liefern. Die Fachpresse, selbst der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ arbeitet ja auch ununterbrochen für die politische Bewegung; also ist es wohl nicht unberechtigt, zu wünschen, daß auch die politische Presse für die gewerkschaftliche Bewegung eintritt. Ein leuchtendes Beispiel bietet in dieser Hinsicht die österreichische Arbeiterpresse.

Am besten entspricht unseren Wünschen die Resolution Arons welche ich Sie anzunehmen bitte; gerade durch ihre Annahme werden alle Meinungsverschiedenheiten und Differenzpunkte beglichen, wird am besten beiden Theilen geholfen. Glauben Sie nicht daran, daß durch die weitere Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation irgend ein Schade der Partei zugefügt werden könnte. Daß die Gewerkschaften niemals einen Gegensatz zu der politischen Organisation bilden könnten, daran ist gar nicht zu denken; die Leitung liegt ja in den Händen von Personen, die auch auf dem politischen Gebiete fortwährend thätig sind. Die Leitung der deutschen Arbeiterbewegung ist von Anfang an eine politische gewesen, die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Bewegung wurde erst später erkannt. Wenn man den Gang der Dinge in England mit den Trades Unions betrachtet, so kann man doch in Deutschland nicht dahin kommen, von wo die Engländer jetzt abzugehen im Begriff sind; das wäre ein Rückschritt, und Rückschritte kann es für uns nicht geben. Ich bitte Sie, die Resolution Arons zum Nutzen der Partei und zum Nutzen der Gewerkschaftsbewegung annehmen zu wollen.

John zieht den Antrag 87, Bilz den Antrag 85 zu Gunsten der Resolution Arons zurück. Zur Debatte gestellt wird noch der Antrag 105 von Parteigenossen des Kreises Niederbarnim.

Korreferent Auer: Wenn die Generalkommission nicht die Bedeutung erlangt hat, die die Gründer gewünscht haben und die vielleicht auch im Interesse der Gewerkschaftsbewegung gelegen hätte, so ist Genosse Legien der sprechende Beweis dafür, warum das hochgesteckte Ziel nicht erreicht werden konnte. Legien hat sich als das geistige Haupt der Generalkommission hingestellt, und ich bin der Letzte, der diese seine Angabe bezweifeln möchte. Wenn er in der That der spiritus rector dieser Organisation ist, sich in seinen Handlungen aber von so kleinen Gesichtspunkten leiten läßt, wie er uns soeben gezeigt hat, kann es nicht Wunder nehmen, daß keine Erfolge erzielt wurden. Die Klagen über die angebliche Vernachlässigung der gewerkschaftlichen Bewegung durch die Parteiführer, mit was hat Legien sie begründet? Er will vom „Sörensenen“ wissen, das Bebel keine besonderen Sympathien für die Gewerkschaften hat, und von mir zitiert er zwei Privatbriefe, von denen der eine vor drei Jahren bereits geschrieben, eine offene und ehrliche Antwort auf eine vertrauliche Anfrage über meine Stellung zur Generalkommission war, der andere aber — jüngsten Datums — geschrieben ist auf eine brüste Anrempfung im „Korrespondenzblatt“, das Legien redigirt.

Wie können solche Briefe, deren Inhalt ich übrigens in jeder Zeile aufrecht halte, als Beweise für meine Abneigung gegen die Gewerkschaften angeführt werden? Aus meinen Bedenken gegen die Möglichkeit der in der Generalkommission neugeschaffenen

K

Institution folgert Legien, daß ich keine Sympathien für die Gewerkschaftsbewegung habe. Sind denn Generalkommission und Gewerkschaften identisch? Ja Genosse Legien, sind Sie denn die Gewerkschaftsbewegung? Krystallisiert dieselbe sich in dem Mittelpunkt der Generalkommission, als der Sie sich uns vorgestellt haben? Legien spricht auch die wunderbare Meinung aus, daß um den Auer als Mittelpunkt des Parteivorstandes die Singer, die Bebel u. s. w. sich herumdrehen. (Heiterkeit.) Das wäre sehr schmeicheltast, wenn ich mit der Einbildung behaftet wäre, die Zentralfonue der sozialdemokratischen Welt zu sein. Das will und kann ich nicht sein, und es stände schlimm um die Bewegung, wenn es so wäre. Schon aus dieser einen Thatfache ergiebt sich für jeden, der urtheilen kann, daß es nur rein die persönliche Seite ist, daß es nur Personalien sind, die zu diesen, an sich so unbedeutenden, wie unliebsamen Differenzen führten. Sowie wir diese persönlichen Momente beseitigen, ist die alte Ruhe, der alte Friede wieder hergestellt. Worin liegt z. B. die Ursache, daß die Angehörigen derselben Branche in verschiedenen Städten sich immer noch nicht vereinigen können, sich immer noch zanken? Ich brauche Niemand zu nennen, und doch ist es uns allen bekannt, daß nur persönliche Neibereien, Zänkereien, Stänkereien die Ursachen der beklagenswerthen Spaltungen sind. Denken sie nur an die diversen Organisationsformen, um welche getritten wird, an Zentralverband, lokale Organisation, lokale Organisation mit loser Zentralisation, Vertrauensmännersystem, Lokalisation, Dezentralisation, ein Wirrwarr, aus dem Niemand mehr klug werden kann, und die Veranstanter dieses Wirrwarres stellen sich dann hier hin als die gekränkten Leberwürste (Stürmische Heiterkeit) und beklagen sich, daß die sozialdemokratische Partei sie nicht genügend unterstützt! Wo sind die Beweise für diese Behauptungen? Es giebt keine. Es hat einmal eine scharfe Gegenströmung gegen die Gewerkschaftsbewegung in der Sozialdemokratie gegeben. Das war die Zeit, als die Laßalle'sche Richtung in Blüthe stand. Auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins 1872 wurde beschlossen, den Wunsch auszusprechen, daß sobald wie möglich alle bestehenden gewerkschaftlichen Verbindungen aufgelöst und die Mitglieder dem politischen Verband zugeführt werden sollten. Dieser Beschluß wurde 1873 auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins zu Frankfurt a. M. wiederholt und 1874 der Generalversammlung in Hannover in nachstehender Form noch einmal unterbreitet:

Die Generalversammlung wolle beschließen: „Auf Grund der Erfahrungen, welche die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins in Betreff der gewerkschaftlichen Bewegung besonders in Deutschland gemacht haben, erklärt die Generalversammlung Folgendes:

K

Die Bestrebungen aller Korporativvereine Deutschlands, welche angeblich den Schutz der Arbeiter gegen die maßlose Bedrückung derselben durch die Kapitalmacht bezwecken, sind durchaus nicht geeignet, diesen Zweck zu erreichen. Die Generalversammlung spricht vielmehr die Ueberzeugung aus, daß der durch die Korporativvereine gegen die Kapitalmacht geführte ungleiche Kampf, der lediglich die unmögliche „Selbsthilfe“ der Arbeiter zur Basis hat, nicht nur die Widerstandskraft der Arbeiter, sondern auch die radikalen sozialpolitischen Bestrebungen des Allg. deutsch. Arb.-Vereins im höchsten Grade gefährdet.

Die Generalversammlung erklärt deshalb ferner, daß alle diejenigen Verräther der Arbeiterklasse sind, welche — meist aus eigennützigen Absichten — fortfahren, die Gewerkschaftsbewegung, entgegen den Beschlüssen der Generalversammlung des Allg. deutsch. Arb.-Vereins zu Berlin im Jahre 1872 und zu Frankfurt a. M. 1873, in den Vordergrund der Arbeiterbewegung zu drängen und dadurch die Agitation des Allg. deutsch. Arb.-Vereins in unverantwortlicher Weise zu schädigen.

Die Generalversammlung beschließt daher weiter, daß in Gemäßheit des Beschlusses der Berliner Generalversammlung im Jahre 1872, welcher lautet:

„Die Generalversammlung spricht den Wunsch aus, daß sobald wie möglich alle innerhalb unserer Partei bestehenden gewerkschaftlichen Verbindungen aufgelöst und die Mitglieder dem Allg. deutschen Arb.-Verein zugeführt werden. Pflicht der Mitglieder des Allg. deutschen Arb.-Vereins ist es, in diesem Sinne zu wirken. Eine weitere Ausdehnung der Streikkassen ist als eine Störung der Zentralisation der Arbeiter nicht praktisch“ nunmehr binnen Jahresfrist alle Korporativvereine, deren Mitglieder angeblich der Lehre Lassalle's huldigen, aufzulösen und die Mitglieder derselben, soweit wie möglich, dem Allg. deutschen Arb.-Vereine zuzuführen sind.

Mitglieder, Beamte und Vorsteher von Korporativvereinen, welche zugleich Mitglieder des Allg. deutsch. Arb.-Vereins sind und diesem Beschlusse keine Folge leisten, sollen nach Ablauf eines Jahres ohne weiteres als aus dem Allg. deutsch. Arb.-Verein ausgeschlossen betrachtet werden. Ihre Wiederaufnahme kann nur mit Genehmigung des Vorstandes erfolgen.“

Hier haben sie eine zielbewusste Gegnerschaft gegen die gewerkschaftliche Bewegung. Die Pflicht, die nach dem Intraße Irons jetzt ausgesprochen werden soll, daß jeder Parteigenosse sich der Gewerkschaftsorganisation in seinem Berufe anzuschließen habe, finden Sie auch schon hier ausgesprochen, allerdings im umgekehrten Sinne. Ungeachtet dieser Beschlüsse aber und trotz der starren Organisationsform des „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins“

war das Bedürfnis nach gewerkschaftlichen Organisationen in der Arbeiterschaft so groß, daß diese Vereinigungen blieben, wuchsen und größer wurden. 1874 waren aber auch schon Gegenströmungen da, es gab bereits eine andere Richtung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung, die eine durchaus andere Auffassung von der Rolle hatte, welche die gewerkschaftliche Organisation zu spielen berufen sei. Schon 1873 finden wir in dem Protokoll des Kongresses der Holzarbeiter in Nürnberg folgende Stelle, welche geradezu als grundlegend für unsere heutige Stellungnahme erklärt werden muß. Dort sagte Zirfas-Mainz in einem Vortrage über Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsbewegung Folgendes:

„Es ist naiv, alles Heil der Arbeiter allein von den Erfolgen, die durch die Gewerkschaften und Gewerksvereine errungen werden können, zu erwarten, wie es umgekehrt thöricht wäre, deshalb, weil die Gewerksvereine zur Verbesserung der Lage der Arbeiter nur theilweise und bedingungsweise beitragen können, diese Organisationen als zweck- und nutzlos zu verwerfen. Beide Organisationen haben sich gegenseitig zu ergänzen. Der politische Kampf ist in den gewerkschaftlichen Vereinigungen gesetzlich unstatthaft, er muß in der politischen Organisation der sozialdemokratischen Partei geführt werden. Und das, was die politische Partei-Organisation ihren Mitgliedern nicht gewähren kann, nämlich aus dem Kampfe schon jetzt materiellen Nutzen zu ziehen, dazu sind die Gewerkschaften da. Beide Organisationen ergänzen sich, und so geht es vereint vorwärts.“

So haben wir 1873 gedacht, so haben wir seitdem gehandelt. Wenn deshalb Legien diese Richtung uns gewissermaßen als etwas Neues empfiehlt, so trägt daran nur der Umstand die Schuld, daß Legien zu den Nachgeborenen gehört, daß er zu spät auf die Welt gekommen ist. (Große Heiterkeit.) Legien beschwert sich darüber, daß unser Vorstandsbericht nicht korrekt zitiert. Ich bemerke dem gegenüber, daß durchaus korrekt zitiert worden ist; den ganzen Artikel konnten wir allerdings nicht bringen. Der Artikel im „Correspondenzblatt“ wünscht, daß der Anfang von Differenzen im Keime erstickt werde. Mit diesem Wunsche sind wir Alle einverstanden, er ist auch in dem Augenblick erfüllt, wo Legien mit persönlichen Kempelen aufhören wird. In diesem Punkt hat er nicht Alles vorgelesen, er hat jene für einen Mann und Kollegen ganz ungemein gehässige und beleidigende Bemerkung gegen Fischer nicht vorgelesen, wo diesem der besoldete Parteigenosse vorgehalten wird. Legien ist auch besoldet. Wird man dadurch ein Parteigenosse zweiter Klasse, wenn man für seine Thätigkeit für die Partei bezahlt wird. Wenn ihm aber die Gehälter zu hoch sind, welche wir im Sekretariat beziehen, dann möge er einen entsprechenden Antrag stellen; ich bin allerdings der gegenseitigen Meinung und halte die Gehälter für zu niedrig. (Heiterkeit.) Auge

K

K

im Auge sich auszusprechen, das ist Mannesart, aber einem so, ich hätte beinahe gesagt, heimtückisch in den Rücken zu fallen, das ist nicht hübsch, und wie sehr Legien selbst sich bewußt ist, daß ihm da die Feder ausgeglitten ist, beweist der Umstand, daß ihm dieser Satz beim Vorlesen zwischen den Zähnen stecken blieb.

Nun kann ich ja die gereizte Stimmung des Mittelpunkts der Generalkommission begreifen. Die Kommission hat nämlich einen sehr unglücklichen Geburtsstag; sie ist entstanden in einer Zeit, wo, auch wenn ihre Führung mütterlig gewesen wäre, sie in Folge der Uebermacht der gegenüberstehenden Kräfte nicht vorwärts konnte. Sie hat unglücklich debütiert in Folge des wirtschaftlichen Rückgangs, nicht aus eigener Schuld. In Folge der wirtschaftlichen Konjunktur konnte das Unternehmenshum jeden Streit zu Boden schlagen; die Zigarrenarbeiter, die Buchdrucker, die Bergarbeiter haben schwere Niederlagen erlitten; nachdem die Schlachten verloren waren, da hat die Generalkommission den Rückzug decken müssen. Der Feldherr zeigt sich erst in seiner ganzen Meisterschaft beim Rückzug, und daß die Generalkommission in ihrem Führer einen Feldherrn von voller Meisterschaft besitze, mag glauben, wer will, ich nicht. Jedenfalls hat die Rede Legien's die Erwartung, daß die Verhandlung über die Gewerkschaftsfrage den Höhepunkt des Parteitages bilden würde, nicht gerechtfertigt. Wenn Legien behauptet, die politischen Führer haben keine Sympathie für die Gewerkschaftsbewegung und dann ansüßert, Auer ist von der Generalkommission nicht entzückt, Mehger zahlt nicht gern hohe Beiträge, selbst von Bebel sei ihm mitgeteilt worden, daß er kein Freund der Bewegung sei, was soll man zu solcher Beweisführung sagen? Warum verläßt sich Legien auf Hörensagen und frug er nicht bei Bebel direkt an? Bebel hätte ihm gewiß Antwort und Belehrung gegeben, die ihm sehr dienlich gewesen wäre, weil er sich dann mit seiner Aeußerung hier nicht blamirt hätte.

Dann hat Legien den Schluß gezogen, der politisch organisierte Arbeiter habe nichts weiter zu thun, als alle 5 Jahre einen Stimmzettel in die Urne zu werfen, der gewerkschaftlich organisierte Genosse dagegen müsse fortgesetzt seine ganze Existenz einsetzen. Bisher habe ich geglaubt, daß die gewerkschaftliche Organisation den Zweck habe, die Arbeiterschaft in Bezug auf ihre Existenz zu heben, letztere zu bessern, zu sichern. Wenn es aber eine notwendige Folge der gewerkschaftlichen Organisation sein soll, die Existenz zu sehen zu müssen, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn die Bewegung nicht vorwärts kommt. Wenn Legien sagt, der Eintritt in die Gewerkschaftsbewegung sei gleichbedeutend mit der Gefährdung der Existenz, so konnte nicht leicht etwas Abschreckenderes gesagt werden. Wie kann man denn eine solche Behauptung wagen, daß die Antheilnahme an der Gewerkschafts-

bewegung gleichbedeutend sei mit dem Aufspielsitzen der ganzen Existenz? Legien hat jedenfalls garnicht an diese Konsequenzen gedacht und wird sehr verwundert sein, dies jetzt von mir zu hören; aber daß er seine Gedanken nicht zu Ende denkt, dafür können wir nicht. Gerade Legien fehlt es an dem genügenden Takt und Chic, auch wo er die beste Absicht hat. Ich muß das aussprechen; denn er war auch uns gegenüber mit seinem Urtheil ziemlich hart. Seine Ansicht über die Tragweite der politischen Bewegung ist entnommen aus dem Organ der Unabhängigen, der Berner & Co. Wenn diese Behauptung aber noch so oft aufgestellt wird und selbst Anhänger und Gläubige in unsern Reihen findet — wenn auch nicht der leiseste Verdacht ausgesprochen werden soll, daß Legien mit den Unabhängigen sympathisirt —, so ist sie doch deshalb noch nicht wahr. Sehen Sie die Straflisten an, die wir führen, diese Hunderte von Jahren Gefängniß, die unsere Parteigenossen zu verbüßen haben; ist da keine zunierte Existenz darunter? (Sehr richtig!) Sind nicht in der Zeit des Sozialistengesetzes Hunderte und Hunderte von Existenzen vernichtet worden? Jene armen Familienväter, die aus ihrem Heim gerissen, ins Exil gejagt, von Ort zu Ort geht, auf Schritt und Tritt von der Polizei verfolgt wurden, sodas einzelne sogar in der Verzweiflung zum Selbstmord griffen — haben die für ihre Ueberzeugung nicht die Existenz aufs Spiel gesetzt? Und diese Opfer sind für die politische Bewegung gebracht worden! (Lebhafte Weisfall.) Es beweist die absolute Urtheilsunfähigkeit des Genossen Legien, solchen Satz auszusprechen, wie er ihn ausgesprochen hat! (Sehr wahr!) Legien verlangt, daß die Parteipresse sich der gewerkschaftlichen Bewegung mehr annehmen und die führenden Genossen Mitglieder der Gewerkschaften werden sollen. Allerdings, der Eine und Andere von uns gehört einer gewerkschaftlichen Organisation nicht an, ich gehöre zur Zeit keiner an, ob Bebel, weiß ich nicht, ob Liebknecht dem Verein Berliner Journalisten angehört, weiß ich auch nicht. Singer soll ja in neuester Zeit ein menschliches Köhnen empfunden haben und Mitglied der „Freien Vereinigung junger Kaufleute“ geworden sein. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn man übrigens in so berebten Worten uns zu Gemüth führt, daß es Pflicht eines jeden Parteigenossen sei, seiner Gewerkschaft anzugehören, wie steht es denn mit Ihnen, Herr Arons? (Arons: Meine besteht noch nicht!) Ja sehen Sie, Sie geben gute Rathschläge, aber weiter nichts. Lesen denn Legien und Arons die Parteipresse nicht, die Versammlungsberichte, die Versammlungsannoncen nicht? Ist ihnen nicht bekannt, daß die Zahl der politischen Versammlungen in gar keinem Verhältniß steht zu der der Gewerkschaftsversammlungen, wo ebenfalls die sogenannten Parteiführer sprechen? Angenehm ist das freilich nicht immer, weil nur

zu häufig der erste Diskussionsredner bereits die Frage aufwirft, welche Form der Organisation die beste sei; dann geht der alte Nadau los, und da kann man mit Engelszungen reden, es hilft nichts, und das Finale ist gewöhnlich, daß 2 Duzend Menschen sich gegenüberstehen und sich beinahe in die Haare fahren, wenn nicht die Polizei da wäre. (Große Heiterkeit.) Dieser skandalöse Zustand muß endlich aufhören! Das habe ich schon voriges Jahr in Berlin auf dem Parteitag gefordert. Legien aber denkt in dieser Beziehung ganz anders; er giebt mir in dem „Correspondenzblatt“ zu verstehen, daß er meinen Worten keinen Glauben schenkt. Was in dem Blatt gesagt ist, das heißt doch nur: Du kannst reden, was Du willst, Dir glaubt doch keiner, Du bist der Bewegung nicht sonderlich gewogen. Ich habe in Berlin gesagt, was ich hier sage. Daß die Gewerkschaftsbewegung so schlecht bestellt ist, hat ein Theil der Führer selbst verschuldet durch ihre persönlichen Zänkereien.

Es wurde mir gestern von einem guten Freunde gesagt, die Führer der Generalkommission seien deshalb auf mich so schlecht zu sprechen, weil unter meiner Protektion der Mann stehe, welchen die Anhänger der Zentralverbände absolut nicht leiden können: der Genosse Kessler wurde als mein Schützling dargestellt. Ich wollte das hier nicht vorbringen, aber man sagt mir, ich müßte diese Partie erörtern, sie sei eigentlich der treibende Punkt in der ganzen Frage. Ich erkläre nun, es ist alles freie Erfindung, was in dieser Beziehung mir nachgesagt wird. Ich habe das Bestreben, die Gegensätze innerhalb der Partei auszugleichen, und ich habe auch Kessler gesagt, lassen Sie den Streit, seien Sie vernünftig und friedlich. (Heiterkeit.) So nahe stehe ich Kessler gar nicht, aber indirekt habe ich ihm zu verstehen gegeben, daß es nicht nöthig wäre, immer so laugrob zu sein. (Große Heiterkeit.) Wenn aber auf der andern Seite diese Fehler auch gemacht werden, soll denn da der Parteivorstand auch noch Partei ergreifen? Dann hätten wir ja zwei Lager in der Partei. Wir haben in Halle das zentralistische System empfohlen. Wenn nun gewisse Leute das nicht befolgen, weil sie es nicht können oder nicht wollen, was sollen wir dann thun? Ich hätte wohl ein Mittel, auch um den Solinger Streit zu Ende zu bringen, eine Dunkelkammer, in welche ich die streitenden Parteien so lange einsperren würde, bis sie flehenlich bitten würden: Laßt uns raus, wir wollen uns vertragen! (Große Heiterkeit.) Was kann der Parteivorstand dafür, daß irgend ein Artikel im „Teltower Volksblatt“ der Generalkommission nicht gefällt? Etwas anderes wäre es, wenn derselbe im „Vorwärts“ gestanden hätte. Das „Volksblatt für Teltow-Beestow“ wird fertig, ohne daß wir von seinem Jubalt Kenntniß haben. Ihm heißt es aber, das Blatt wird hergestellt in der Druckerei des „Vorwärts“ und es ist Kopfblatt des „Vorwärts“, ergo ist der Vorstand für

den Artikel verantwortlich, ergo ist Auer ein Freund Kessler's. Gegen solche Art der Beweisführung kann man nicht ankämpfen. Den Artikel des „Chemnitzer Beobachter“ habe ich nicht gelesen, er ist uns doch auch nicht zur Zensur vorgelegt worden. Wir haben 75 politische Blätter, wer kann dafür stehen, daß nicht hier und da im Laufe des Jahres einmal eine Aeußerung unterläuft, die als im Widerspruch mit unseren Tendenzen stehend erklärt werden kann? Was den „Froschmäusekrieg“ betrifft, von dem der „Vorwärts“ geschrieben hat, so ist der Ausdruck nicht hübsch, wer aber das Protokoll von Halberstadt liest, wird ihn verstehen. Ich habe den Artikel nicht geschrieben; die ganze Haltung des „Vorwärts“ zeugt aber doch dafür, daß stets der Gewerkschaftsbewegung volle Sympathie gezollt wurde. Dann wurde auch der „weiche Rehrichthausen der Gewerkschaftsbußelei“ ins Feld geführt. Es heißt doch geradezu die Gräbe an den Haaren herbeiziehen, wenn man auch diesen Ausdruck gegen uns verwerthen will. Der Artikel wendet sich ausschließlich gegen die Unabhängigen, welche plötzlich die Entdeckung gemacht hatten, daß der politische Kampf für die Arbeiter gar keine, der gewerkschaftliche Kampf aber die höchste Bedeutung habe. Gegen diese Verfennung der Aufgaben der Arbeiterbewegung polemisirt der Artikel und es wird darin zum Schluß gespottet über jene unabhängigen Himmelsstürmer, welche sich von uns trennten, weil die Partei angeblich den „revolutionären proletarischen“ Charakter abgestreift habe und die jetzt auf den „weichen Rehrichthausen der Gewerkschaftsbußelei“ angekommen seien.

Wer nicht böswillig unterlegen will, kann unmöglich aus der Notiz einen Angriff auf die Gewerkschaftsbewegung herauslesen. Ein weiterer Vorwurf, der immer wiederkehrt, ist, daß die Presse die Bewegung nicht genügend unterstützt. Wer diesen Vorwurf erhebt, der muß vor Allem von sich selber sagen können, er habe sein Möglichstes gethan, um diese Forderung zu erfüllen. Hat denn die Generalkommission dafür genügend gewirkt, das Verständniß für die Gewerkschaftsbewegung in die Partei hineinzutragen? Auf diese Frage bitte ich mir eine klare Antwort aus. Aus den Reihen der Nur-Gewerkschafter ist mit verschwindenden Ausnahmen rein garnichts gethan worden, um in diesem Sinne zu wirken. Legien kann schreiben, aber er schreibt nicht für Parteiblätter, sondern für das „Sozialpolitische Zentralblatt“, welches in Parteikreisen nur vereinzelt gelesen wird. Warum hat er seine Artikel nicht an den „Vorwärts“, an das „Echo“ geschickt? Wenn in Bezug auf schriftliche Agitation Jemand seine Aufgabe nicht erfüllt hat, so ist es die Generalkommission, an ihrer Spitze Legien. Aber es giebt Leute, welche sich besonders wohl fühlen in der Gesellschaft von hochgestellten Herren, Professoren und Doktoren. Des-

halb auch der Bilgergang nach Frankfurt. (Sehr richtig!) Gewiß sind uns auch Doktoren als Genossen willkommen, aber sie bilden nicht das Rückgrat der Partei und der Gewerkschaften, dies können nur die Proletarier sein. (Zustimmung.) Das „Zentralblatt“ mag noch so gut sein, ein Parteiblatt ist es nicht. Es ist himmelschreiend, daß einer, der so im Glashaufe sitzt, es wagt, auf unsere Presse derartig mit Steinen zu werfen!

Ich bin am Ende; ich empfehle Ihnen unsere Resolution im Gegensatz zu der von Arons. Die Unterschriften zeigen Ihnen, daß von Gegnerschaft, Feindschaft gegen die Gewerkschaften nicht die Rede sein kann. Mehr können wir nicht thun, wir haben alles gegeben und erwarten, daß auch diejenigen, welche noch feindschaftlich bei Seite stehen, anerkennen, daß es nicht bloß Worte sind, sondern daß es unsere innerste Empfindung ist, was diese Resolution zum Ausdruck bringt! (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Jacoben beantragt zur Resolution Auer-Bebel folgenden Zusatz:

und ermahnt die Parteigenossen in den einzelnen Berufsorganisationen, von der leider befolgten Taktik, die auf den Gewerkschaftskongressen gefaßten Beschlüsse einfach zu ignoriren, Abstand zu nehmen. Gerade dieser Umstand ist geeignet, die Gewerkschaftsbewegung eminent zu schädigen, das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu lockern und ein gemeinsames Vorgehen illusorisch zu machen.

Zur Resolution Arons wird von Gerlach und Schulze beantragt, die Worte „wenn nicht zwingende Gründe ihn hindern“ zu streichen.

Rehger-Hamburg III: Legien beschwert sich über die Berichterstattung im Vorstandsbericht, hat aber selbst eine höchst eigenthümliche Berichterstattung im „Korrespondenzblatt“. Die von mir zitierte Aeußerung betreffs der hohen Beiträge hat schon auf dem Halberstädter Kongreß Schwarz-Bübeck als eine solche dargestellt, die nicht dem Standpunkt der Fraktion entsprach, und nicht erst später der „Vorwärts“. Ich stand schon von jeher auf dem Auer'schen Standpunkt; ich war schon 1869 Mitglied eines Fachvereins der Metallarbeiter, ich bin seit 25 Jahren der Meinung, daß beide Bewegungen wie Mann und Frau zusammengehören. Die Partei kann sich nicht zum Gensdarmen, zum Treiber für die Gewerkschaften machen, deshalb ist die Resolution Arons durchaus unannehmbar.

Reißhaus: Von einer Seite der Genossen wurde für den Rückgang der Gewerkschaftsbewegung die Partei verantwortlich gemacht, aber mit Unrecht. Der Grund liege in den wirtschaftlichen Verhältnissen. Der Vorschlag Arons schieße über das Ziel hinaus; den Genossen namentlich in den kleineren Städten könne

K

man den Beitritt zu den Gewerkschaften nicht zur Pflicht machen; ihnen sei es unmöglich, alle die Opfer an Geld und namentlich an Zeit zu bringen, welche ihnen diese Mitgliedschaft auch noch auferlegen würde.

Liebknecht: Ich ergreife das Wort nur, weil ich persönlich engagirt bin. Wenn je ein freisender Berg ein lächerliches Mäuschen gebar, so ist das hier der Fall. Ich hatte geglaubt, Legien würde Thatsachen vorbringen, aber er hat gegen Windmühlen gekämpft: er konnte keine Thatsachen vorbringen, und aus Mangel an Gründen und Gedanken ist er auf das Gebiet des Klaffes, des Persönlichen gekommen. Er hat förmliche Kezzeriecherei getrieben; überall hat er geschmüffelt, alles hat er zusammengejuchelt, was ihm als von unserer Seite gegen die Gewerkschaftsbewegung gerichtet erschien, und bei der Auswahl seiner Beweisstücke hat er eine sehr unglückliche Hand gehabt. Was ihm als Faß und Abneigung erscheint, ist nur die Ausgeburt seines eigenen Vorurtheils. Auer hat Legien's Auffassung von der „Vorwärts“-Notiz, betr. die „Gewerkschaftsbücherei“ schon berichtigt. Belehrendes über die Gewerkschaftsbewegung hat uns Legien nicht gesagt. Wir haben keinen Vortrag über Gewerkschaften, deren Ziele und Geschichte, zu hören bekommen — nur Angriffe, haltlose Angriffe, denn die Angegriffenen haben ihr Möglichstes gethan, um die Gewerkschaftsbewegung zu fördern. Der „Vorwärts“ hat sehr viele Artikel für dieselbe gebracht, ich selbst bin wiederholt aufs wärmste für sie eingetreten, — auch in zahlreichen Vorträgen — und ich nehme für mich in Anspruch, daß ich in Deutschland wohl der erste war, der im modernen Sinne für die Gewerkschaften gewirkt hat. Dreizehn Jahre lang habe ich in England die Trades Unions studirt und meine ersten Vorträge in Berlin, Anfangs der 60er Jahre, waren bestimmt, für diese Bewegung und für die Organisation von Gewerkschaften ähnlich, aber mit höheren politischen Zielen, als die englischen, Propaganda zu machen. Was erleben wir aber jetzt in England? Daß gegenüber den alten, organisch aus den Zünften des Mittelalters hervorgegangenen und verzopft gewordenen Trades Unions, gegenüber dem „Nichts-als-Trades Unionismus“ ein neuer Trades Unionismus sich herausgebildet hat, der die Unfruchtbarkeit der einseitigen Gewerkschaftsbewegung begriffen hat, die Nothwendigkeit der politischen Bewegung anerkennt und für sie wirkt! Und wir haben das großartige Schauspiel erlebt, daß in Zürich die Führer der englischen Gewerkschaften sich auf den Boden des internationalen Sozialismus gestellt und daß auf dem letzten englischen Gewerkschaftskongreß zu Belfast die Massen der englischen Arbeiter sich von dem, was ich den „Rehrichthausen“ nannte, erhoben haben und in diejenige Gewerkschaftsbewegung hinaufgestiegen sind, zu welcher wir von Anfang an das deutsche Proletariat zu erheben

K

versucht haben! Warum hat Legien kein Wort davon gesprochen, daß und warum die deutsche Bewegung im Vergleich mit der englischen so klein ist? Ich hätte ihm gern das Material geliefert. In Deutschland ist die gewerkschaftliche Organisation mit Ausnahme der Buchdrucker und zweier oder dreier älterer Gewerkschaften, welche aber nicht Massen umfassen, ganz neu, und auch diese Ausnahmen datiren erst seit wenigen Jahrzehnten. In Hamburg, wo wir die beste Gewerkschaftsorganisation haben, war vor 1848 nichts vorhanden; bei den Tabakarbeitern und anderen wurde die Bewegung nach 1848 wieder ertödt, tauchte aber später wieder auf und ist jetzt dort so stark geworden, wie nirgends sonst in Deutschland. In England dagegen ist die Bewegung Jahrhunderte alt; im großen Stile des Klassenkampfes nahm sie im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts ihren Anfang, als der Großkapitalismus sich mit den Maschinen die Welt Herrschaft eroberte. Da mußten die Arbeiter, denen man ihr Koalitionsrecht nahm, ihre Trades Unions geheim organisiren, und der Klassenkampf wurde von den Arbeitern so energisch geführt, daß ihnen die Freiheit der Bewegung gewährt werden mußte. Die deutsche Bewegung hat für ihre Jugend schon bedeutende Erfolge aufzuweisen und begeben Sie sich nicht auf Irrwege, so wird sie werden, was sie sein soll. Wir alle sind für die Gewerkschaften, aber dagegen, daß man in ihnen das Hauptziel erblickt, daß man glaubt, durch sie allein könne die Macht des Kapitals gebrochen werden. Das Kapital kann nicht auf seinem eigenen Boden vernichtet werden. Man muß ihm den Boden unter den Füßen wegziehen, und ihm die politische Macht aus den Händen reißen. Und das ist nur möglich durch politischen Kampf. Nehmen Sie die Resolution Auer an!

Böfel=Berlin VI bedauert, daß die Referate allzusehr mit persönlichen Ausführungen ausgestattet waren. Ueber den Werth der Organisation brauche man sich auf dem Parteitage nicht mehr zu unterhalten. Die Meinung der Berliner Gewerkschaftler, daß man an den leitenden Stellen eine nicht allzu wohlwollende Haltung der Gewerkschaftsidee gegenüber einnehme, sei doch immerhin bis zu einem gewissen Grade berechtigt, wie er, mitten im gewerkschaftlichen Leben Berlins stehend, aus eigener Erfahrung wahrgenommen habe. Er mache aber für Einzelne nicht die gesammte Parteileitung oder die Fraktion verantwortlich. Gleichgiltig könne man aber über die Thatsache nicht hinweggehen, daß einzelne der Führer sich direkt unsympathisch über die Bewegung äußern. Es sei keine unberechtigte Forderung, daß gerade die fortgeschrittenen Genossen der Gewerkschaftsbewegung sich anschließen sollen im Sinne der Resolution Arons. Eine absolut bindende Verpflichtung lege auch diese Resolution nicht auf; der Satz: „wenn nicht zwingende Gründe ihn hindern“, lasse den nöthigen Spielraum.

K

Fell beantragt in der Resolution Auer die Worte „wiederholt der Parteitag den Ausdruck seiner Sympathie mit der Gewerkschaftsbewegung und“ zu streichen, dagegen am Schlusse hinzuzufügen: „und empfiehlt jedem Genossen, soweit als möglich sich der feiner Beschäftigung am nächsten stehenden Gewerkschaftsorganisation anzuschließen.“

Schoenlant=Berlin hätte Referate erwartet, die von großen Gesichtspunkten ausgingen. Die Resolution Arons verlange Unmögliches; sämtliche Landarbeiter seien ja gar nicht in der Lage, sich dergestalt zu organisiren, weil ihnen das Koalitionsrecht fehle; Millionen der ärmsten hausindustriellen Bevölkerung seien ebenso wenig dazu in der Lage. Die Zahl der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter werde stets nur ein kleiner Theil der Arbeiterklasse bleiben. Wie wolle man denn die kleingewerblichen Arbeiter oder gar die Unter- und Subalternbeamten in dieser Weise organisiren? Die Sozialdemokratie sei eine proletarische Bewegung, nicht eine Bewegung gewerkschaftlich organisirter Arbeiter. Man dürfe nicht Genossen erster und zweiter Klasse zu unterscheiden beginnen. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die Bourgeoisie noch da sei und vorläufig noch ihre Geschäfte gegen uns führe. Der neue Entwurf der Fachgenossenschaften, den Herr von Berlepsch vorlege, biete, so jämmerlich er sei, eine Möglichkeit für die noch nicht organisirten Arbeiter, dort einzubringen und diese Fachgenossenschaften der Geltendmachung der proletarischen Forderungen dienlich zu machen. Die Wahlergebnisse zeigten übrigens, daß in Rheinland und Westfalen mit ihrer hochentwickelten Organisation die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen nicht in dem Maße eingetreten sei als z. B. in Sachsen mit seiner ausgedehnten Hausindustrie. Die Partei müsse die Gewerkschaften, wo sie einen günstigen Boden fänden, unterstützen, sich ihr mit gebundenen Händen ausliefern könne sie nicht. Die Forderung der Resolution Arons müsse und werde scheitern an dem granitnen Widerstande der ökonomischen Verhältnisse.

Stubenreich=Dggersheim betont als Süddeutscher, daß über die Nothwendigkeit der Förderung der Gewerkschaftsbewegung keine Differenz sei, daß man sich aber entschieden gegen die Tendenz wenden müsse, welche einen unbedingten Zwang der Zugehörigkeit einführen wolle. Zahlreiche Genossen hätten bekanntlich ihren Beruf mehrmals gewechselt, welcher Organisation sollten sie sich denn anschließen? Die Verpflichtung in der Resolution Arons gehe geradezu gegen die Parteiorganisation.

Bebel: Nachdem Legien in einer so hochwichtigen Frage große Gesichtspunkte vorzubringen versäumt, dagegen meist persönliche Angriffe gemacht hat, wird natürlich der ganzen Debatte ein persönlicher Charakter aufgedrückt. Ich selbst kann auch nicht umhin,

K

mich mit ihm persönlich auseinanderzusetzen. Legien hat in den 80er Jahren in Hamburg gehört, ich sei ein Gegner der Gewerkschaftsbewegung und erst durch eine meiner Äußerungen auf dem Pariser Kongress ist er eines Besseren belehrt worden. Aber auch diese Äußerung hat er falsch verstanden; ich habe damals nicht von Gewerkschaften, sondern von praktischen Arbeiten gesprochen, denen wir uns mehr zuwenden müßten. Von einem Mann, der an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung steht, konnte man doch erwarten, daß er über die Geschichte derselben orientiert ist; aber er befindet sich offenbar in voller Unkenntnis darüber. Es konnte ihm doch nicht entgangen sein, daß ich schon 1868 als Vorsitzender des Verbandes der deutschen Arbeitervereine einen Aufruf zur Bildung von Gewerkschaften erlassen und ein Normalstatut für solche ausgearbeitet hatte. Ich veranlaßte, daß Kongresse zur Gründung von Gewerkschaften einberufen wurden, welche auch ins Leben traten und später gerade daraufhin, daß die Bewegung von sozialdemokratischen Führern ausgegangen sei, von der sächsischen Regierung und anderen Regierungen drangsalirt und abgemurkelt wurden. Genau in dem Sinne, wie Legien ausführte, daß die Gewerkschaften in Wahrheit eine Vorbereitungschule für die Sozialdemokratie seien, habe ich mit meinem Freunde Auer und anderer in den 70er Jahren agitirt, und als das Sozialistengesetz kam, hat man gerade mit Rücksicht auf diese unsere Haltung in der Gewerkschaftsbewegung diese Unternehmungen für sozialdemokratische erklärt und sie ebenfalls vernichtet. (Sehr richtig.) Daß die Gewerkschaftsführer alle diese Thatfachen bei Seite setzen, daß sie ferner so thun, als ob kein Vereinigesetz bestände, und die Partei mit aller Gewalt zur Agitationschule für die Gewerkschaften betrachtet wissen wollen, versetze ich in der That nicht. Auch in den 80er Jahren habe ich für die Gewerkschaften gearbeitet; eine meiner besten Festreden wurde 1887 vor einer Gewerkschaft in Dresden gehalten. Die Hälfte meiner Thätigkeit in Versammlungen in Berlin entfällt auf die Fachvereine — und da tritt Legien hier hin und sagt, er sei bis 1889 über meine Stellung unklar gewesen! Wenn vom ersten Manne in der deutschen Gewerkschaftsbewegung mit solcher Unkenntnis vorgegangen wird, dann weiß ich nicht mehr, was ich sagen soll. Wir sollen nun persönlich einer Gewerkschaft angehören; es genügt also nicht, daß ich Vorträge halte, ich muß Mitglied werden. Es würde uns eine hohe Ehre sein, sagte man mir in Berlin. Man bekämpft doch allermwärts den Personenkultus, und hier will man ihn treiben? (Sehr richtig.) Was kann denn ein Liebknecht, Bebel, Auer bei einer Gewerkschaft thun? Ich habe solche Anträge immer abgelehnt, weil man nicht dabei stehen bleiben, sondern sagen würde: Ihr müßt auch mit ganzer Kraft für die Bewegung eintreten, Vorträge halten, Artikel liefern,

K

Vorstand werden u. s. w. Das können wir bei all der Arbeit, die wir schon haben, nicht auch noch übernehmen. — Man klagt, die Presse habe die Bewegung nicht genügend unterstützt. Die Parteipresse hat hundertmal mehr die gewerkschaftliche Bewegung gefördert, als diese die politische. (Sehr richtig.) Die Gewerkschaftspresse muß sich mit den kleinen Fragen beschäftigen und darin liegt die große Gefahr, daß sie das große Ziel aus den Augen verliert und so der allgemeinen Verwässerung Vorhub leistet. Der Vorstandsbericht hat unwiderleglich nachgewiesen, warum die Bewegung in Deutschland nicht so groß werden kann. Ferner hat Schoenlant Vieles mir vorweg genommen. Die Bergarbeiter z. B. haben Zehntausende von Stimmen für uns abgegeben, aber lassen sie sich denn organisiren, nachdem sie im Streik unterlegen und gesprengt sind? Es wird das Verlangen gestellt, wo die Möglichkeit bestehe, müsse jeder einer Gewerkschaft angehören, aber über diese „Möglichkeit“ würde künftig in allen Versammlungen der Streit entbrennen und dann haben wir den permanenten Krieg in der Partei! (Lebhafte Zustimmung.) In Deutschland ist durch die sozialpolitische, zumal die Versicherungsgesetzgebung, dieser Zweig der gewerkschaftlichen Thätigkeit entzogen und ihr damit ein Lebensnerv durchschnitten worden, der gerade in England und bei den deutschen Buchdruckern zur Blüthe beigetragen hat. Weitere wichtige Gebiete, deren Bearbeitung mit zu den Hauptaufgaben der Gewerkschaften gehörten, sind ihnen durch die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Gewerbeordnung entzogen worden, und das wird noch in größerem Umfange eintreten, wenn der Verlepfsche Entwurf oder auch unser eigener Arbeiterschutz-Gesetzesentwurf Gesetz werden sollte. Von diesem Gesichtspunkte aus beleuchte man einmal die Frage! Mit jeder Erweiterung der staatlichen Befugnisse wird das Feld der gewerkschaftlichen Bethätigung noch mehr eingengt. Legien hat nicht einmal auf die Züricher Resolution aufmerksam gemacht, und er war doch dabei; da steht doch ausdrücklich drin mit Hinweis auf Amerika und Australien die gewerkschaftliche Organisation allein sei ohnmächtig geworden gegenüber der konzentrierten Macht des Kapitalismus, folglich müsse jetzt der politische Kampf in den Vordergrund treten. Wir mögen gewerkschaftlich organisirt sein, wie wir wollen, wenn das Kapital einmal allgemein eine solche Macht erobert hat, wie bei Krupp und Stumm, in der Dortmunder Union, in den Kohlen- und Eisenindustriebezirken Rheinlands und Westfalens, dann ist es mit der gewerkschaftlichen Bewegung aus, dann hilft nur noch der politische Kampf. Aus ganz natürlichen und selbstverständlichen Ursachen wird den Gewerkschaften ein Lebensfaden nach dem andern abgeschnitten. Wir können also über das, was unsere Resolution bietet, nicht hinausgehen. Legien hat uns dargelegt, wie man gute Sozialdemokraten

K

heranziehen könne. Ich bestreite aber seine Behauptung, daß die Fachpresse das auch gethan habe. Der Consoflagang eines Theils der Gewerkschaftsführer nach Frankfurt muß im Gegentheil notwendig dazu beitragen, auch noch die politische Bewegung zu Grunde zu richten. Wenn man es für ein Bedürfnis hält, mit Herren aus den Reihen unserer mühevollsten politischen Gegner sich dort ein paar Tage lang in voller Freundschaft über gleichgiltige Dinge zu unterhalten, so ist das sozialdemokratische Wadelstrümpfelei. (Zustimmung.) Mögen die Herren doch unter sich die Besprechung über die Organisation des Arbeitsnachweises führen, aber wenn sozialdemokratische Volksvertreter und Gewerkschaftsführer einen solchen Kongreß besuchen, wo doch immer geklagt wird, daß kein Geld für Kongresse vorhanden ist, das muß direkt zur Versumpfung führen. Leider hat nicht ein einziges Parteiblatt sich dagegen aufgelehnt, das muß für uns ein Wint sein, von jetzt an genau aufzupassen, was die Führer treiben. Nach Aeußerungen, wie sie in Frankfurt fielen, werden wir ungefähr ums Jahr 2500 dabei sein, den ersten Punkt unseres Programms durchzuführen. Was soll man dazu sagen, wenn unsere Genossen dort Ausführungen machen wie: Alle Menschenfreunde müssen dafür stimmen, oder wenn man dort mit Möller-Brackwebe, einem der schlimmsten Vertreter des Kapitalismus, in freundschaftliche Unterhaltung tritt! Was wir denen zu sagen haben, sagen wir ihnen im Reichstage! Wegen dieses Vorgehen mich mit aller Entschiedenheit aufzulehnen, habe ich für nöthig gehalten. Ich schließe mit dem alten römischen Mahnruf: Haben die Konsuln Acht, daß dem Gemeinwesen kein Schaden geschieht! Und wenn die Konsuln nicht fähig sind, das zu verhindern, dann mögen die Parteigenossen Gericht über sie halten. (Lebhafter Beifall.)

Reinhardt-Niederbarnim wird für die Resolution Arons stimmen. Die gewerkschaftliche Bewegung stähle doch zweifellos den Charakter der Einzelnen. Die unerquicklichen Streitigkeiten über die Form der Organisation müßten aber endlich aufhören.

Es tritt hiernach eine Pause von einer Viertelstunde ein. Um 1 Uhr 10 Minuten werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Webel berichtet, daß es sich auf dem Hochtitiskongreß in Frankfurt nicht um den Reichstagsabgeordneten Möller, sondern um dessen Bruder handle, der aber gleichfalls Industrieller sei und wie sein Bruder in Brackwebe seinen Wohnsitz habe.

Sustof-Hornberg ist der Ansicht, daß Legien einen Sieg nicht erfodien habe, daß im Gegentheil die Gewerkschaften sich vielleicht bald nach einem Führer umsehen könnten, der weniger an dem Parteivorstand herumdrögelte. Wer die größeren Opfer fordere und bringe, das könne außer für Legien und seine engeren Anhänger für Niemand zweifelhaft sein. Die Resolution Arons beachte die

thatsächlichen Verhältnisse nicht, sie fordere Leistungen, die für den größten Theil der Proletarier, für die weitaus überwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen Partei zu erfüllen unmöglich sei. Auch in der Gewerkschaftsbewegung ständen Elemente, die mehr des materiellen Vorteils wegen als aus prinzipieller Ueberzeugung der Bewegung anhängen.

Zubeil-Tellow: Unglücklicher für die Gewerkschaftsbewegung als Legien konnte wohl Keiner sprechen. Was auf diesem Gebiete und auf dem der Organisation überhaupt noch zu thun ist, zeigt das Beispiel Berlins, wo 151 000 Stimmen für uns abgegeben, aber nur 6000 Genossen politisch organisiert sind. In der Gewerkschaftsbewegung zerfleischen sich die Genossen um die Organisationsfrage gegenseitig, und für die Bewegung geschieht nichts. Selbst die Frauen der Parteigenossen sollen jetzt in die Organisationen hinein, und es regnet Vorwürfe auf die an der Spitze Stehenden, wenn dieser Forderung nicht entsprochen wird, mögen die persönlichen Verhältnisse, die Rücksicht auf die Familie noch so sehr entgegenstehen. Jeder müsse nach beiden Seiten seine Schuldigkeit thun. Die 28 000 organisirten Gewerkschaftler Berlins sollten zunächst in die Wahlvereine eintreten, dann wird die Macht beider verstärkt werden.

Paul-Hannover: Die Tribüne dieses Saales ist nach dem bisherigen Gange der Debatte zur Guillotine der Gewerkschaftsbewegung geworden. (Widerspruch.) Ja, so ist es, und die bösen Folgen davon werden sich draußen bald zeigen. Die Agitation in den Kleinstädten und auf dem Lande, die gerade die Gewerkschaftler betreiben, ist schwer und mühsam, viel schwerer, als von einer großen Stadt zur andern zu fahren, vor zehntausend Menschen zu sprechen, sich nach der Rede beglückwünschen zu lassen und dann wieder abzufahren. (Geisterkeit.) Zahlreiche Führer und rednerische Kräfte der Partei sind thatsächlich der Gewerkschaftsbewegung abgeneigt und ihre Haltung beeinflusst natürlich auch das Gelingen der Bewegung höchst ungünstig. Wie sollen wir vorwärts kommen, wenn auch an kleinen Orten der Führer der Partei es ablehnt, sich mit dem „Gewerkschaftsquatsch“ zu befassen, und uns erklärt, er halte bloß politische Reden, natürlich hochpolitische Reden? (Geisterkeit.) Freilich ist der Hauptbestand der ewige Zanf um die Organisationsform. Aber die Zeit der Gewerkschaften ist noch nicht erfüllt; ihre Bedeutung ist nicht herabgemindert, sie sind notwendiger als je. In den gegnerischen Parteien widmet man ihnen heute erhöhte Aufmerksamkeit, man gründet überall katholische oder evangelische Vereine, um die Arbeiter von den Gewerkschaften abzuziehen oder abzuhalten. Nehmen wir immerhin die Resolution Auer an; vielleicht müht sie, vielleicht bleibt sie bloß ein frommer Wunsch.

Fischer-Berlin: Legien's Rede und die bisherige Debatte sind allerdings nicht geeignet, die Gewerkschaftsbestrebungen sonderlich zu fördern. Sind aber wir daran schuld oder nicht vielmehr diejenigen, die diesen Zankapfel in die Partei hineingeworfen haben? Nun beklagt man sich über die niederen Gesichtspunkte dieser Debatte! Aber dem ganzen Streite liegen eben keine großen Differenzen zu Grunde. Ständen unsere Genossen nicht theilweise noch allzufehr unter dem Banne der Phrase, dann hätten wir diesen Gewerkschaftsstreit überhaupt nicht am Parteitage, aber dieser Streit ist in den letzten Wochen Mode geworden. Vor einigen Jahren war der Austritt aus der Landeskirche das Stichwort; wer diesen Augenblicks-Mumpitz nicht sofort mitmachen wollte, war ein Verräther an der Partei. Vor zwei Jahren lautete die Phrase: das Recht der freien Meinungsäußerung sei in der Partei gefährdet; natürlich fielen auch darauf Viele hinein. Heute ist es die Klage, daß die Parteiführer Gegner der Gewerkschaften seien. Und sehen wir uns die Rufer in diesem Streite etwas näher an, so finden wir z. B. in Berlin darunter Leute, die s. Zt. unter dem Sozialistengesetz in der ersten Stunde der Gefahr die Partei verrathen, sich mit Händen und Füßen für das Einschwenken in den „königlich preussischen Gewerkeverein“ ereifert und seit Jahr und Tag sich um die Partei nicht mehr gekümmert haben. Da kann man doch wohl an den uneigennütigen Motiven dieses Streites zweifeln. Wie steht es denn aber nun wirklich? Bei den Tabak-, Metall-, Holzarbeitern, bei den Schneidern, Schuhmachern und Malern, lauter starken Zentralisationen, da giebt es keinen Streit zwischen Partei und Gewerkschaften, auch in den Blättern dieser großen Gewerkschaften begegnen wir keinem Ausbruch des Schmerzes über einen Gegensatz zwischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung. Aber bei den Genossen, für welche die Generalkommission das non plus ultra darstellt, ist der Schmerz dahin zum Ausbruch gekommen, daß es deshalb nicht vorwärts gehen wolle, weil die Partei nicht Sympathie genug habe. Wie ist der Streit eigentlich entstanden? Als 1890 nach dem Fall des Gesetzes Deutschland mitten in einer geschäftlichen Krisis stand, als überall Streiks ausbrachen und verloren gingen, traten in Berlin die Vertreter der deutschen Gewerkschaften zu einer Konferenz zusammen und ernannten die General-Kommission als eine Art General-Streikkommission, mit der Aufgabe, Streiks, deren Mißerfolg vorauszu sehen war, zu verhüten und eine Vernetzung der Unterstützungsgelder zu verhindern. Da hat sich denn bald gezeigt, daß die General-Kommission diese Aufgabe nicht erfüllen konnte; im Gegenteil, überall da, wo keine oder nur schwache Organisationen vorhanden waren, wirkte die bloße Existenz dieser Zentral-Streikkommission mit der eingebildeten großen Klasse als aufreizendes Moment zur Inscenirung von Streiks. Die Fabrikanten

K

waren sich klar über die wirthschaftliche Lage und ließen sich durch die Kommission nicht hindern, sie in ihrem Interesse auszunutzen. Die General-Streikkommission aber hatte nie und nimmer einen Groschen Geld und mußte bei Gott und aller Welt herumpumpen. Dann kam der Halberstädter Kongreß, man schränkte die Funktionen der Generalkommission ein; und was ist das Ergebnis ihrer Thätigkeit seitdem? Zwei Statistiken! Ob diese der ausgewendeten Mühe und des Streites werth waren, mögen Sie selber entscheiden. Die Generalkommission stand vor einer unmöglichen Aufgabe, sie konnte sie nicht erfüllen und statt das einzusehen, suchte sie die Ursache hiervon in einem Gegensatz der Partei zur Gewerkschaftsbewegung. Man wollte eben eine Art parlamentarisches Komitee der Gewerkschaften bilden, welches mit der Parteileitung wie von Macht zu Macht verhandelte. Weil dieser Größenwahn sinn Schiffbruch litt, entstand der Streit. Nun macht man uns und der Parteipresse den Vorwurf, wir thäten zu wenig. Wenn wir entgegeneten: Warum schreibt ihr keine Gewerkschaftsartikel? hier es: dazu seid ihr, Parteileitung und Redakteure, doch da! Wir schreiben sie auch und schreiben sie auch in der Gewerkschaftspresse, während Legien seine Würmer im „Sozialpolitischen Zentralblatt“ abgeladen und dafür auch die Gunst hoher Gönner, Professoren und Doktoren, erlangt hat.

Hock-Gotha: Die Grundursache des Rückgangs der Gewerkschaften liegt in dem Zwiespalt zwischen Zentral- und Lokalorganisation; diese Frage kann aber nicht von einem Parteikongreß, sondern muß von einem Gewerkschaftskongreß entschieden werden. Die Auffassung Bebel's, daß die Zeit der Gewerkschaftsbewegung ungefähr vorüber sei, theile ich durchaus nicht; wir haben noch nicht in jeder Provinz Deutschlands eine Dortmunder Union und einen Krupp. Die Frage der Organisation wird auf dem nächstjährigen Gewerkschaftskongreß entschieden werden. Uebrigens hat der Parteitag schon vor 3 Jahren die Zentralisation als die geeignete Form erklärt. Daß uns Gesetze entgegenstehen, wie Schoenlant anführt, daran haben wir uns so wenig zu kehren, wie sich seiner Zeit die englischen Arbeiter daran gekehrt haben.

Fischer-Hamburg: In Hamburg sind 13 000 Genossen in der politischen Organisation, 19 000 in den Fachvereinen; hier zeigt sich, daß die Gewerkschaften noch recht viel Mitglieber an die politische Organisation abgeben können. Das Ungelehrte ist danach doch wirklich ein Ding der Unmöglichkeit. Daß die Parteipresse an Empfehlungen der Gewerkschaften das Mögliche leisten kann, Niemand leugnen, der auch nur den „Vorwärts“ aufmerksam liest. Die ganze Streitfrage wäre besser vom Parteitage überhaupt ferngehalten worden. Die Resolution Luer drückt alles aus, was von Parteiwegen überhaupt zugestanden werden kann.

K

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Silberschmidt-Berlin II macht für die Stellungnahme der Berliner Genossen geltend, daß das Ideal in der Gewerkschaftsbewegung zu sehr zurücktrete, daß sie einfach zu einer Streikbewegung herabsinke. Die Zustände an dem Parteitage zu erörtern hielten die Genossen in Berlin für notwendig. Der Ausspruch Schippel's in Chemnitz, daß die fünfjährige Ruhezeit zum Ausbau der Gewerkschaften benutzt werden müßte, sei gerade mit ein Grund gewesen, den Antrag zu stellen und Schippel zum Referenten zu bestellen.

Mollenbuhr bekennt sich dazu, für die Verschmelzung der Gewerkschaften mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gestimmt zu haben, weil auch er der Zerspitterung der Kräfte ein Ende machen wollte. Der neueste Entwicklungsgang der ökonomischen Verhältnisse habe ihn aber von seiner damaligen Gegnerschaft zurückgebracht. Rein politische Gewerkschaften seien heute eigentlich nicht einmal wünschenswerth. Die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft sei um so mehr notwendiger geworden, je mehr die Macht des Kapitals anwache, um den Einzelnen vor völliger Isolirung und Bedeutungslosigkeit zu schützen. Es werde sogar dahin kommen, alle Arbeiter einer Branche, einerlei, welcher politischen oder religiösen Ansicht sie huldigen, in einer Gewerkschaft gegen den ihnen gegenüberüberhebenden Kapitalismus zusammenzubringen. In Gewerkschaftsduselei dürfe aber der Arbeiter nicht verfallen; wenn Bebel meine, daß sie gegen die zusammengefaßte Macht des Kapitals ohnmächtig seien, so gelte das doch nur für die Periode des Niederganges. In den Zeiten des Aufschwunges würde auch der größte Kapitalist sich hüten, den Arbeitern den Kampf anzufügen.

Schippel: Ich soll in einer Chemnitzer Versammlung gesagt haben, daß die fünfjährige Ruhezeit nach der Reichstagswahl zum Ausbau der Gewerkschaften benutzt werden müsse, und daraufhin sollen die Berliner zu mir ein kolossales Vertrauen gefaßt und mir quasi die Macht zugetraut haben, den deutschen Gewerkschaften auf die Beine zu helfen. Das sind Hoffnungen und Aussprüche, für welche ich jede Verantwortung ablehnen muß, wie ich auch das von der Berliner Gewerkschaftskommission gewünschte Referat schließlich abgelehnt habe, da ich nicht auf einem solchen verkehrten Standpunkte stehe, wie er von Mitgliedern der Gewerkschaftskommission, z. B. im II. Berliner Wahlkreise, geltend gemacht worden ist. Ich schiebe Niemanden, lasse mich aber auch nicht schieben. Der Gewerkschaftsbewegung stehe ich zudem seit Jahren nicht mehr nahe genug. Auch ich habe den Eindruck gehabt, daß Legien's Vorgehen keinen vortheilhaften Eindruck gemacht hat, aber auch Auer war nicht in allen Punkten gerecht. Ich mache damit Auer keinen

Vorwurf; daß er mitunter etwas rauh erwidert, liegt daran, daß er ein ganzer Mann ist: Hieb und Gegenhieb! Objektiv kann man aber doch auch zustehen, daß die bellagte Zerspitterung der Gewerkschaftsbewegung viel weniger an den Personen liegt, als an den unglückseligen Verhältnissen, wie sie nach dem Ausnahmegezet und durch dasselbe gekommen sind. Daß die Gewerkschaften nicht schon lange zentralisirt sind, kommt wesentlich daher, daß wir noch die Folgen jener infamen Zeit zu tragen hatten. Unter dem Gezet haben wir die Organisationen nicht rein gewerkschaftlich ausbauen können, sondern mußten sie zu politischen Zwecken benutzen. Bod hat schon auf den Gegensatz von vor 1878 und jetzt hingewiesen. Früher hat aber eben die Frage, ob die Gewerkschaften politisch sein sollten, nicht die Rolle gespielt. Unter dem Ausnahmegezet aber, gerade in Berlin, wo ja die Lokalorganisationen noch heute ihre Hauptvertreter haben, mußten wir, da wir keine politischen Versammlungen haben konnten, die Gewerkschaften mit zur Erreichung politischer Zwecke benutzen; das hängt uns, nachdem wir uns politisch wieder organisiren können, Alles noch an. Dann kam die Krise, als die Gewerkschaften endlich sich selber zurückgegeben waren und man eine freiere Haltung sich versprechen konnte. Unter solchen Umständen konnten die Gewerkschaften nichts leisten. Und gerade, wenn man schwach ist, entziehen die Zäntereien und hören nicht auf, weil man nichts Besseres zu thun hat. Wäre damals eine wirthschaftliche Hochfluth gekommen, dann wäre dieser ganze Schutt mit hinweggeschwemmt worden. Nicht die Männer an der Spitze sind für den Wirrwarr verantwortlich zu machen. Ständen die tüchtigsten Männer an der Spitze, der Kampf würde vielleicht nicht so persönlich sein wie heute, aber die Sache würde genau so traurig liegen. Schon bei den Eisenachern spielte die Form der Organisation eine große Rolle. Bebel ruft die Konfusen an, damit nicht zu weit nach rechts gedrängt werde; die Annahme der Einlabung zum freien Hochstift in Frankfurt scheint ihm mehr wie bedenklich. Solche Dinge geschehen überall. Wir haben in der Fratzen auch beschlossen, den Kathedersozialisten-Kongreß zu beschicken. Solche Dinge kommen also bei den Zielbewußten und bei den weniger Zielbewußten vor; wer im Glashause sitzt, soll auch hier nicht mit Steinen werfen; wir haben alle ein großes Sündenregister. (Heiterkeit.) Was Bebel zum Schluß sagte von der Gesetzgebung und der fortschreitenden Kapitalkonzentration, die den Gewerkschaften den Boden abtragen sollen, drückt eine weit verbreitete Anschauung aus, die eins der wesentlichsten Hindernisse des Fortschreitens der Gewerkschaften ist. Ist das richtig, so klären wir doch besser die Gewerkschaften über ihre Nutzlosigkeit auf, wie es Kessler macht. Es ist das aber meiner Meinung nach eine grundsätzliche Anschauung in unserer Partei, und zwar nach

beiden Richtungen. Vielfach liegt es umgekehrt. Wenn wir Arbeiterchutzgesetze erreichen, werden uns die besten Gewerkschaften bahnbrechend vorausgegangen sein. Für den 10., den 9-Stundentag sind die Gewerkschaften die Vorseher gewesen. Wo steht der Achtstundentag näher? Bei uns, die wir 14, 16, 18 Stunden Arbeitszeit, aber eine starke politische Partei haben, oder in England, wo keine politische Partei existiert, wo die Arbeiter noch vielfach gegen ein Achtstundengesetz stimmen, wo aber z. B. die Bergleute den Achtstundentag gewerkschaftlich errungen haben? Mit der Schablone läßt sich da nichts machen. (Bebel: Aber die politische Macht der englischen Arbeiter!) Man soll also die Wirkung der Gewerkschaftsbewegung nicht unterschätzen, man soll nicht meinen, die Entwicklung dränge dahin, daß ihr der Boden unter den Füßen fortgezogen wird. Wenn das Kapital wächst, organisieren sich auch die Arbeiter, die Dinge sind gar nicht zu trennen, und man soll darum energisch für beides, gewerkschaftliche und politische Organisation, eintreten.

Albert-Düsseldorf empfiehlt kurz die Resolution Auer.

Clara Zetkin: Darüber darf man sich nicht täuschen, daß der Wirkungskreis der Gewerkschaften immer und immer verkleinert wird. Der Grund liegt nicht in der Jugend dieser Bewegung, sondern in der Kraft der politischen Bewegung. In der gewerkschaftlichen Bewegung kann es nur unmittelbare Erfolge geben, und diese auf die Dauer festzuhalten, sind ihre Organisationen häufig nicht im Stande. Die Erfolge der politischen Bewegung bestehen aber nicht in augenblicklichen Zuständen, sondern in Gesetzen, die die Erregenschaften der Arbeiterklasse dauernd festlegen. Die Gewerkschaftsbewegung sollte mit größerer Energie sich der Frauen annehmen.

Hiernach wird die Diskussion für heute abgebrochen und weitere telegraphische und briefliche Zuschriften an den Parteitag verlesen.

Schluß 3 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 27. Oktober.

Vormittags-sitzung.

9 $\frac{1}{4}$ Uhr. Singer führt den Vorsitz.

Es wird in der Diskussion über Punkt 6 fortgefahren.

Arons beantragt, den letzten Satz seiner Resolution wie folgt zu fassen:

„Es ist Pflicht aller Parteigenossen, in deren Beruf gewerkschaftliche Organisationen bestehen, einer derselben anzugehören, wenn es nicht zwingende Gründe verhindern.“

Günther-Braunschweig Der Vorwurf, daß die Parteipresse der Gewerkschaftsbewegung nicht genügend Unterstützung gewährt habe, sei ungerechtfertigt. Die Vorgänge auf dem Kongreß in Halberstadt hätten teilweise einen geradezu unerquicklichen Eindruck machen müssen. Die Annahme des Antrags Arons würde aber den Streit unter den Genossen nur noch heller entfachen. Bei der Frankfurter Konferenz sei allerdings nicht viel herausgesprungen, immerhin hätte er doch die Gegner veranlaßt, sich persönlich mit den Sozialdemokraten auseinanderzusetzen. Braunschweig habe das Schauspiel gegeben, daß auf Kosten der Stadt ein Sozialdemokrat zu diesem Kongreß entsendet worden sei.

Ströbel-Kiel bedauert den gestern in den Reden der beiden Referenten angeschlagenen persönlichen Ton und hält die Abschlagung, welche von Auer und Anderen an Legien vollzogen worden sei, für nicht ganz gerechtfertigt; Legien habe sehr viel Berechtigtes vorgebracht. Es könne garnicht bestritten werden, daß die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft stärkere Ansprüche an die Opferwilligkeit stelle und die Geringfügigkeit des Einzelnen viel mehr zu gefährden geeignet sei, als die Mitgliedschaft in einem Wahlverein. Klarheit sei durch die geistige Debatte nicht geschaffen worden; Bebel und Molkenbuhr hätten ganz entgegengesetzte Auffassungen vertreten. Die Diskussion werde sich also in der Presse und in Versammlungen noch fortzusetzen und gründlich zu vertiefen haben.

Millarg-Berlin VI wendet sich gegen die Ausführungen Fischer's, die auf die Lage der Berliner Gewerkschaftsbewegung nicht zutreffen. Was im „Bauhändlerwerk“ über die Gewerkschaftsorganisation gesagt worden sei, verleugne geradezu das sozialdemokratische Prinzip. Es gäbe trotz den Ausführungen Schoenlank's noch weite Kreise von Arbeitern, die einer Organisation zugeführt werden könnten; im Ganzen sei trotz aller Sympathieausprüche doch unverkennbar, daß diese Sympathie nur in mäßigem Umfange vorhanden sei, das ergebe schon der äußerliche Umstand, daß man für diesen Punkt der Tagesordnung auch einen Korreferenten ernannt. Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Hofmeister-Halle führt die Schwächung der Gewerkschaftsbewegung auf die Halberstädter Beschlüsse wegen der zentralistischen Organisation zurück. Der hierdurch angefachte Streit um die Form der Organisation habe dahin geführt, daß die Gewerkschaften sich zersplittern und langsam zu Grunde richten.

Bekmann-Höchst: Mit der gewerkschaftlichen Bewegung gehe es notwendig zurück in dem Maße, wie die Uebermacht des Kapitalismus wachse. Resolutionen zu fassen sei gar nicht nötig, nur die Frage sei zu erörtern, ob eine weitere Ausgestaltung der Gewerkschaften überhaupt möglich sei.

Holzhausener-Flensburg: Neuerdings zeige sich eine wachsende Abneigung der politisch organisierten Genossen, den Gewerkschaften ferner fördernd zur Seite zu stehen. Wenn aber die politische Partei die Unterstützung der Gewerkschaften verlange, so sei es wohl berechtigt, den Parteigenossen die Verpflichtung aufzuerlegen, wie sie der Antrag Arons formulire.

Antrid-Berlin II: Was die Führer der Gewerkschaftsbewegung eigentlich wollen, ist aus der Debatte nicht hervorgegangen, nur das Eine ist sicher, daß sie die Gewerkschaftsbewegung über die politische stellen wollen. (Widerspruch.) Was Bebel über die Entwicklung der Frage in der Zukunft, und was Schippel über die Stellung der Partei einerseits und die der Gewerkschaften andererseits gesagt, unterschreibe er völlig. Aber trotzdem seien die Gewerkschaften keineswegs überflüssig geworden, sie werden vielmehr in der Defensive stets sehr notwendig bleiben.

Reßler-Berlin: Als ich 1884 in die Gewerkschaftsbewegung eintrat, war ich in den sozialdemokratischen Fragen noch nicht fest und überzeugt. Aber schon bald nach Uebernahme der Redaktion des „Vauhandwerker“, als ich den Dingen näher getreten war, stand ich fest in meiner politischen Auffassung. Entsprechend der damaligen Blüthe der Gewerkschaftsbewegung hatte auch der „Vauhandwerker“ Erfolg. Da machte man mir von Hamburg aus den Vorschlag, dorthin überzusiedeln und an der Organisirung der Gewerkschaftsbewegung als an dem Schmieden eines Hammers mitzuwirken, der in einer Hand läge und mit dem die kapitalistische Organisation zerschlagen werden könne. Der Gedanke hatte für mich etwas Bestechendes, aber ich konnte nicht nach Hamburg gehen. Daß die Männer der Gewerkschaftsbewegung die Leute nicht seien, die diesen Hammer schwingen konnten, wurde mir bald klar. In Berlin überzeugte ich mich auch bald, daß dieser Gedanke nur zu einer Spaltung der Arbeiterbewegung führen könnte, und trat von da ab gegen die zentralistische Bewegung auf. In der „Volkstribüne“ kam ich zum Wort. Dann wurde es mir plötzlich abgeschnitten; der Streit war aber entfacht und nahm bald auf beiden Seiten einen höchst persönlichen, gereizten Charakter an. Ich nehme meinen Theil der Schuld daran völlig auf mich. Der Streit ist noch heute trotz aller Schiedsgerichte und trotz des Halberstädter Kongresses nicht beigelegt. Ich stehe noch heute auf dem Standpunkt, daß jeder Gewerkschaft überlassen bleiben muß, die ihr aufgebende Form der Organisation zu adoptiren. Ich habe zu Auer keinerlei besondere persönliche Beziehungen, bin auch zu stockig, um unter die Achselhöhle genommen zu werden, freue mich aber sehr, daß auch Andere mit mir die Gefahr erkannt haben, die in dem Schmieden eines zweiten Hammers, nämlich der Gewerkschaftskommission, liegt, die mit mir erkannt haben, daß aus den Kräften der Partei zwei solche Hämmer eben nicht geschmiedet werden können.

K

Kaue-Herlorn: Die Hauptsache ist nicht wie, sondern daß die Arbeiter sich organisiren. Es muß vollste Freiheit der Organisation gegeben sein, damit die Indifferenten in möglichst großer Zahl herangezogen werden können. Die Resolution Arons ist unannehmbar.

Ein Schlußantrag wird jetzt angenommen. Ein Antrag Lur, den Antragsteller Arons neben den Referenten noch zum Wort zu verstellen, wird abgelehnt.

Persönlich bemerkt Schoenlant, daß er nichts gegen die Organisirung der Staatsarbeiter habe, aber einen Zwang für unannehmbar halte.

Rosenow: Der erwähnte Artikel im „Chemnitzer Beobachter“ ist der erste in einer Reihe von Artikeln, die für die Gewerkschaftsbewegung eintreten.

Bebel: Es sei ein schweres Mißverständnis, wenn seine Ausführungen als gegen die Gewerkschaftsbewegung gerichtet aufgefaßt würden. Schon seine Unterschrift unter der Resolution Auer bezeuge das Gegentheil. Er habe nichts weiter thun wollen und gethan, als darthun, welche ungeheuren Schwierigkeiten sich der Gewerkschaftsbildung in zahlreichen Kreisen entgegenstellen, und vor Ueberschätzung gewarnt.

Das Schlußwort nimmt hierauf der

Referent Legien: Es ist mir in der gestrigen Debatte nahezu von allen Rednern vorgeworfen worden, daß ich nicht das Erwartete in meiner Rede gebracht habe. Die Ursache, daß dieser Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wurde, war aber nicht ich, sondern lag darin, daß die gegenseitigen Anpassungen in der Presse hier ihre Erledigung finden sollten. Bedauerlicherweise hat auch Schippel diesen Vorwurf erhoben, er, der mir noch vor wenigen Tagen erklärte, er werde das Referat halten und im letzten Augenblicke, ich weiß nicht aus welchen Gründen, zurücktrat. Hätte er das Referat gehalten, so wäre die Gewerkschaftsbewegung wahrscheinlich von den erwarteten höheren Gesichtspunkten beleuchtet worden. Ich hatte ihm schon in Berlin erklärt, daß, wenn ich das Referat annehme, die Sache mehr einen persönlichen Charakter annehmen würde. War nun aber, was ich vorbrachte, wirklich derart, daß Genosse Auer zu seiner Erwidernng berechtigt war? Ich habe ja hauptsächlich Zitate vorgelesen, dann Stellen aus Privatbriefen, nicht um gegen Auer persönlich vorzugehen, sondern um zu zeigen, in welcher Weise man Meinungen, die von anderer Seite geäußert werden, niederzuschlagen beliebt. Daß ich zu den Nachgeborenen gehöre, ist mir doch nicht zum Vorwurf zu machen. Wir hörten erst gestern, allerdings bloß in einer Festsrede Frohme's, unsere Hauptaufgabe sei, die jungen Kräfte heranzuziehen und zu bilden. Wenn man diese jungen Kräfte aber so behandelt, wie Auer es gestern

K

mit mir gemacht hat, dann möchte ich wissen, wie wir sie bilden und erziehen sollen (sehr richtig!), dann wird absolut jede Meinungsäußerung verwehrt. Mich trifft das persönlich nicht so schwer, ich habe gestern Abend eine ganze Reihe von Sympathieerklärungen erhalten, ich pfeife darauf und habe den Herren gesagt: Wenn Euch dieser Ton nicht gefällt, so verlangt doch in der Debatte einen andern! (Auf: Ist gesehen!) Das ist mit der einen Ausnahme Ströbel nicht gesehen. Wenn man sich auf dem Lande noch so lange mit den Gegnern herumschlagen muß, wird man dergleichen Angriffe gewöhnt: von einem Genossen sind sie weniger angenehm; aber für die Partei ist es nicht ganz gleichgültig, daß Auer die Frage hier so behandelte. Auer erklärt mich für völlig urtheilsunfähig; das ist gleichzeitig eine Verurtheilung aller Hamburger Genossen, welche mir voriges Jahr und jetzt ihre Stimme gegeben haben, um mich als Delegirten hierher zu schicken. Meine Bemerkung, weshalb die Korrespondenz zwischen Auer und mir einen persönlichen Charakter trage, gestaltete Auer dahin, daß ich als eine Art Zentralfonnte der Zentralkommission gelte; dazu trat dann die geschmackvolle Redensart von der „gekränkten Leberwurst“. Alle solche Worte gehören nicht auf einen Parteitag. (Sehr richtig!) Gerade bei diesen Worten aber zeigte der Parteitag seine Zustimmung durch Bravorufe oder Gelächter, und das war mir schmerzlicher als diese Aeußerungen Auer's selbst. Unter Umständen kann mich Niemand beleidigen, ich lasse mich auch von Auer nicht beleidigen. Bedauerlicherweise unterschrieb auch Herr Webel die Behauptung Auer's von meiner Urtheilsunfähigkeit; ich sollte seinen Pariser Ausspruch falsch ausgelegt haben. Sein Vorwurf, daß ich nicht genügend unterrichtet sei, trifft mich nicht. Was er vor Jahren für die Bewegung gethan hat, habe ich wohl gewußt; aber von anderer Seite wurde behauptet, daß er seine Stellung geändert habe, und da habe ich selbst seinen Pariser Ausspruch herangezogen, um den gegen ihn erhobenen Vorwurf zu entkräften. Er hat meine Ausführungen nur mißverständlich aufgefaßt. Ich weiß jetzt, was ich von dem Genossen Auer zu halten habe. Ich bin überzeugt, Auer kann höflich sein, wenn er will; in seinem Schlusswort in Berlin war er so höflich gegen mich, wie ich nur wünschen konnte. Kann man das, dann hat man auch die Verpflichtung es zu thun. In dieser Richtung halte ich eine andere Art der Diskussion in der Partei für dringend nothwendig, dann werden wir weiter kommen.

Um nun zur Sache zu kommen, so habe ich eine Rede über die Gewerkschaftsfrage garnicht halten wollen, weil ich nicht wußte, daß das irgend vorausgesetzt werden würde. Ich habe mich an zwei praktische Punkte gehalten. Auer machte mir gegenüber die Verfolgung durch das Sozialistengesetz geltend. Hier handelt es

sich aber doch immer nur um einzelne Personen, um diejenigen, die direkt als Agitatoren austraten, während bei den Gewerkschaften jedem einzelnen Mitglied die Verpflichtung auferlegt wird, im Lohnkampf mit seiner ganzen ganzen Existenz für die Interessen der Gesamtheit unausgesetzt einzutreten. Auer lehnte also meine Ausführung um, trotzdem knüpfte er aber gerade an diesen Punkt die Bemerkung, daß mir die Urtheilsfähigkeit abginge. Ueber die Generalkommission sind vielfach unrichtige Ausführungen gemacht worden. Es trifft zu, wäre sie in einer Zeit wirthschaftlichen Aufschwungs eingesetzt worden, dann hätte sie ihre Aufgabe erfüllen können. Daß sie zu der Zeit des wirthschaftlichen Niedergangs sehr schwer zu arbeiten hatte, ist demnach selbstverständlich, aber die Mitglieder der Generalkommission haben auch keineswegs geglaubt, daß sie so besonders Großartiges würde leisten können. Demnach darf man nicht sagen, sie hätte nicht geleistet, was sie versprochen; sie steht mit den Gewerkschaften in ständiger Verbindung, namentlich mit Gewerkschaften an kleinen Orten, die Anleitungen und Anregungen, Unterstützung in Prozeßsachen u. s. w. von der Kommission empfangen. Diese Arbeiten fallen der Kommission zu, werden aber nicht an die große Glocke gehängt. Ferner sind von ihr Broschüren über die Organisationsfrage bearbeitet und herausgegeben, Anleitungen für das Verhalten der Gewerkschaften den Behörden und Gerichten gegenüber, Flugblätter, die in deutscher und polnischer Sprache zu Hunderttausenden, namentlich in den Ostprovinzen, verbreitet worden sind. Was von der Kommission geleistet werden konnte, ist geleistet worden. Ob dazu ein besonders befähigter Feldherr gehört, wollen wir dahin gestellt sein lassen. Daß ich nicht für die Parteipresse geschrieben habe, wird mir ebenfalls vorgeworfen. Das „Sozialpolitische Zentralblatt“ habe ich bisher für ein solches Blatt gehalten, welches von der Partei protegirt werden muß; der „Vorwärts“ hat es ausnehmend gelobt und den Parteigenossen zur lebhaften Beachtung empfohlen. Man kann mir also nicht sagen, daß es ein Fehler war, wenn man für das Blatt schreibt. (Auer: Das ist nicht gesagt worden.) Auer hat doch ausdrücklich hinzugesetzt, gewisse Leute fühlen sich in der Gesellschaft von Doktoren wohler. Ich kann darin nur einen Vorwurf sehen. Ich habe allerdings auf Anregung des Dr. Braun diesen Artikel geschrieben. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß wir den gebildeten Kreisen, die nicht mit uns sympathisiren, aber die Frage studiren wollen, auch auf diesem Wege Gelegenheit geben sollen, sich zu informieren. Das „Correspondenzblatt“ ist gerade für die Redaktionen der Parteipresse bestimmt. Dieses Blättchen geht regelmäßig alle 8 oder 14 Tage an die Parteipresse ab. Für die einzelnen Blätter zu schreiben, das kann doch von mir nicht verlangt werden; ich schreibe für die gesamte Parteipresse. Nicht ängstlich gesucht haben wir nach miß-

K

K

günstigen Äußerungen in der Parteipresse über die Gewerkschaftsbewegung, sondern diese Äußerungen, und das gilt auch vom „Chemnitzer Beobachter“, sind uns aus den Kreisen der Gewerkschaften mit der Aufforderung, dagegen zu reagieren, zugeschickt worden. Bloße Sympathieerklärungen und energische Propaganda für eine Sache sind eben auch zwei verschiedene Dinge. Die Befürchtung, daß die Gewerkschaftsbewegung versumpfen wird, soll auch in dem Pilgergang nach Frankfurt eine Bestätigung finden. Will man aber den Gewerkschaften die Möglichkeit lassen, auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung für die Besserstellung der Arbeiter zu wirken, so müssen sie auch berechtigt sein, da zu wirken, wo sie wirken können. In der Parteipresse ist doch der Arbeitsnachweis stets als eine Sache von hoher Bedeutung hingestellt worden. Das „Echo“ hat seinerzeit die kommunale Einrichtung des Arbeitsnachweises empfohlen. Wenn nun diese Frage irgendwo öffentlich diskutiert werden sollte, so waren wir doch als Gewerkschaftler einfach verpflichtet, uns an der Erörterung zu beteiligen. Wir haben dabei uns in keine freundlichen Beziehungen mit den Fabrikanten und Magistraten eingelassen, sondern ihnen gründlich unsere Meinung gesagt. Diese Pilgerfahrt wird also schmerzlich die Versumpfung der Bewegung herbeiführen. Die Beteiligung an dem Kongreß der Sozialpolitiker ist vielleicht weniger empfehlenswert gewesen, als unsere Beteiligung an dem Frankfurter Kongreß.

Man ist dann auf den Organisationsstreit zu sprechen gekommen und scheint diesem eine viel zu weit gehende Bedeutung beizulegen. Der eigentliche Streit liegt lediglich in der Organisation der Maurer; bei 48 von 52 zentral organisierten Gewerkschaften giebt es keinen Streit; der Streit beschränkt sich zudem auf einzelne Orte, zumal Berlin. Die zentral organisierten Gewerkschaften haben in Häßelstadt beschlossen, gemeinsame Verbindung zu halten und diese auszudrücken in der Generalkommission. Wer sich daran nicht beteiligen will, der bleibt eben fern. Die Sache ist im Wesentlichen damit erledigt. Kessler hat nun den Streit nicht auf den Maurerverband beschränkt, sondern alle die alten Zentralverbände aufgetreten und das ist ihm zum Vorwurf zu machen. Er hat es uns heute endlich selbst gesagt, daß er die Ursache des Streites war. Ob man der Bewegung nun diene, wenn man jemand, der einen solchen Streit in die Gewerkschaft hineingeworfen hat, in die Redaktion eines Parteiorgans setzt — und Kessler ist Redakteur des „Volksblatt für Lettow-Beszkow“ — muß ich dahin gestellt sein lassen.

Fischer hat hier erklärt, was in dem „Volksblatt“ gestanden habe, sei der Meinungsausdruck der Partei; auch Bebel hat sich nicht günstig über die Sache ausgesprochen. Auf dem Parteitage haben aber die Delegierten fast durchweg die beiden Bewegungen als gleichberechtigte anerkannt, die nebeneinander hergehen müßten;

K

was in dem „Volksblatt“ stand, kann danach also nicht Ausdruck der Auffassung der Partei sein. Die Darlegung Bebel's über die wachsende Bedeutungslosigkeit der Gewerkschaften angesichts der wachsenden Konzentration des Kapitals und der Ausdehnung der sozialen Reichs-gesetzgebung, von einem so bedeutendem Parteiführer gemacht, kann auch nicht dazu dienen, neue Profeten für die Gewerkschaften zu werden. Ich kann diese Anschauung nicht theilen. Die Arbeiterschutzgesetzgebung des Reichs ist ganz minimal; wie sie heute besteht, nimmt sie den Gewerkschaften nichts von dem Raume weg, den sie zur Entwicklung haben; ihre Bedeutung gewinnt vielmehr gerade durch diese Gesetzgebung, immer meine Urtheils-unfähigkeit voraussetzend! (Seiterkeit.) Ohne die Kontrolle durch die Gewerkschaften würde diese Arbeiterschutzgesetzgebung wenig zu bedeuten haben. Der Boden ist ihr auch durch die Versicherungsgesetze durchaus nicht entzogen. Die gewerkschaftliche Organisation wird in ihrer heutigen Form so lange dauern, als die kapitalistische Produktionsweise bestehen bleibt. Ihr Bestehen wird so lange eine Nothwendigkeit sein, als es einen Streit um den Antheil am Produkt zwischen Arbeitern und Unternehmern giebt. Das Streben, seine Lage zu verbessern, wohnt in der Brust eines jeden Arbeiters. Es wurde zugegeben, daß die Gewerkschaften die Aufgabe haben, die indifferenten Massen heranzuziehen, aber nicht die, sie in eine Organisation hineinzuzwingen. Aber mit dem Heranziehen ist es doch nicht gethan, man muß auch Kräfte haben, um die Herangezogenen bilden zu können und das kann nur in den gewerkschaftlichen Organisationen geschehen. In Deutschland ist es absolut unmöglich, die gewerkschaftliche Organisation zu solcher Bedeutung zu bringen, daß sie die politische zu überflügeln vermöchte, die ganze Bewegung geht ja von rein politischen Gesichtspunkten aus.

Die Resolution Auer besagt, richtig verstanden, nahezu dasselbe, was die Resolution Arons ausspricht, von dem Schlußsatz abgesehen. Nach meiner Meinung sollte man aber jenen Kreisen Rechnung tragen, welche einer präziseren Fassung den Vorzug geben. Die vorhandenen Streitigkeiten werden jedenfalls durch Annahme dieser letzteren nicht größer werden als sie schon heute sind. Ich bin im Gegentheil überzeugt, durch Annahme dieser Resolution wird der Streit mehr und mehr beigelegt werden. Die bloße Sympathie-Erklärung wird nirgends befriedigen. Fast jeder Redner hat ausgesprochen, daß es Pflicht der Genossen sei, den Gewerkschaften anzugehören; warum soll denn das nicht auch in der Resolution ausgesprochen werden? Schoenlant hat darauf hingewiesen, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter das Koalitionsrecht nicht hätten, daß die Beamten, die Arbeiter in den Staatsbetrieben sich nicht organisiren dürften; er wollte damit gegen die Resolution Arons plädiren. Für diese Kategorien wird aber auch die Re-

K

olution nicht gegeben, sondern für die Industriezentren, wo Meinungsverschiedenheiten bestehen. Nach Beschluß des Parteitages soll unter die ländliche Bevölkerung ein Flugblatt geworfen werden. Gerade diese Resolution wird dazu beitragen, dem Eindruck jenes Flugblattes vorzuarbeiten. Die Resolution Auer haben Leute unterzeichnet, die wir als die besten Kräfte der Partei bezeichnen müssen, aber diejenige Fühlung mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern haben sie nicht, wie die direkt daran beteiligten Kreise. Zum Schluß richtete ich an alle Parteigenossen nochmals die Bitte, alle bestehenden Meinungsverschiedenheiten in anständiger Weise zu begleichen. Ich bin stets dafür eingetreten, daß unsere Partei, eine Kampfpartei, eine straffe Unterordnung unter dem Willen der leitenden Personen braucht; aber deshalb hat man noch lange keine Ursache, jede andere Meinung einfach abzuschlachten und zu unterdrücken. Wir brauchen Leute, die selbständig zu denken und zu handeln vermögen, und dazu muß man die Leute erziehen. Das geschieht aber nicht durch eine Debatte, wie sie gestern hier beliebt worden ist.

Webel bemerkt persönlich: Ich habe die Urtheilssähigkeit Legien's nicht im geringsten bezweifelt, sondern nur ausgeführt, daß er als Leiter der Gewerkschaftsbewegung größere historische Kenntnisse besitzen müsse. Hätte er schon gestern erklärt, was er heute sagte, so hätte ich auch diese Bemerkung garnicht gemacht. Wenn meine Ausführungen so ausgelegt werden, als ob sie von der Gewerkschaftsbewegung abschrecken könnten, so kann ich das nicht hindern, kann aber erwarten, daß man nichts in meine Worte hineinlegt, was nicht darin liegt, sondern sich an meine Worte und meine Unterschrift unter der Resolution Auer hält.

Korreferent Auer: Wenn jemand froh gewesen wäre, hier über den Gegenstand nicht sprechen zu müssen, wäre ich es gewesen. Ich wußte von vornherein, daß bei der ganzen Auseinandersetzung nicht allzu viel Sachliches herauskommen würde. Ueber den Werth und die Bedeutung der Bewegung ist unter uns allen zusammen, von Legien bis zu mir keine wesentliche Meinungsverschiedenheit. Alle die Dinge, welche zu den unangenehmen Erörterungen geführt haben, stützen sich, das wußte ich, auf Voraussetzungen, die in Wirklichkeit nicht vorhanden sind, aber als vorhanden eingebildet werden. Das „Korrespondenzblatt“ sagt ja selbst, es sei „Gefühlsache“. Genosse Paul hat gemeint, mit dieser Debatte würde der Gewerkschaftsbewegung das Grab gegraben. So schlimm sieht es nun nicht. Webel hat nicht ein Wort gegen die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation gesagt, sondern nur ausgeführt, daß wir nichts beschließen dürfen, was geeignet ist, unsere Genossen in einen gewissen Konflikt zu versetzen. Es wäre doch ein elendes Geuchelspiel, wenn wir, nachdem wir Jahrzehnte lang den Ar-

K

beitern die gewerkschaftliche Organisation zur Eringung besserer Arbeitsbedingungen dringend empfohlen haben, nicht selbst überzeugt wären, daß diese Organisationen diese Aufgabe zu erfüllen vermögen. Legien meint, eine bloße Sympathie-Erklärung genüge nicht, man müsse auch positiv thätig sein. Hat denn Legien keinen Ueberblick über das, was in der Partei, in der Arbeiterorganisation geschieht? Liest er denn die Parteizeitungen und ihren Annoncentheil nicht? Ist nicht eine Unzahl von Gewerkschaftsversammlungen abgehalten worden, in denen die Parteiführer sprachen? Erinnert sich Legien nicht an die Arbeit Bebel's über die Verhältnisse im Bäckergerwerbe? Ist das bloß eine kühle Sympathie-Erklärung oder eine positive Thätigkeit, die sich sehr wohl mit den Leistungen der Generalkommission messen kann? Wenn in der Fraktion Antipathie gegen Legien's Bestrebungen vorhanden wären, so hätte sich das doch gelegentlich seiner Kandidatur für den Reichstag zeigen müssen. Nun ist aber Bebel zur Stichwahl nach Kiel gereist, um dort für Legien's Wahl zu sprechen. Sihen nicht neben Legien, Bock, Meister, Reichhaus, Meßger, alles Führer in der Gewerkschaftsbewegung, im Reichstage? Aber alles das genügt nicht, Legien hat einmal das Gefühl, daß die gewerkschaftliche Bewegung vernachlässigt worden und davon ist er nicht abzubringen. Frohme, Schippel, Fischer und ich, wir beide letzteren bei Legien als die allerschlimmsten angeschrieben, wir haben Jahre lang positiv für die gewerkschaftliche Bewegung gearbeitet, und zwar mehr als von Legien bisher bekannt geworden ist, trotzdem behandelt er uns als Gegner der Gewerkschaften. Das war es, was mich gestern erregt machte. Ich habe es seiner Zeit im Parteivorstand mit Freuden begrüßt, daß wir Legien in die Fraktion hineinbekommen, damit er sich persönlich überzeugen kann, daß alle seine Voraussetzungen unbegründet sind. Der Streit in den Gewerkschaften ist dem Vorstand so unangenehm als möglich. Derselbe ist bisher neutral geblieben und muß auch in Zukunft neutral bleiben, sonst würde der Streit in die Partei getragen, und das muß vermieden werden. Kessler hat sich ganz energisch dagegen verwahrt, daß er von mir protegirt wird. Wie wenig ich von Hause aus seine Richtung begünstigte, wird doch am besten dadurch bewiesen, daß ich es seiner Zeit war, der, als Kessler seine Thesen über die Gewerkschaftsbewegung in der „Volkstribüne“ veröffentlichte, sofort in einem Gewerkschaftsblatt Stellung dagegen nahm. Ich halte die Stellung Kessler's gegenüber den Zentralverbänden für absolut falsch. Auch die Art, wie es ihm beliebte, von den Zentralverbänden zu schreiben, habe ich stets getadelt. Aber umgekehrt ist es doch auch nicht hübsch, wenn von der andern Seite immer wieder angebohrt wird und zum Beispiel neuerdings wieder aufgewärmt wird, daß Kessler einmal freisinniger Vertrauensmann gewesen ist. Es ist eben auf beiden Seiten gesehlt worden, nur

K

brauchten die Waffen doch nicht gar so scharf gewählt zu werden; man soll nicht erst unhöflich sein und dann Vorlesungen über Höflichkeit halten. (Große Heiterkeit. Auf: Selbsterkenntniß!) Wenn die Freunde Legien's den stillen Wunsch haben, in den Vorstand theilweise andre Leute hineinzubekommen, so halte ich diesen Wunsch nicht für ein Verbrechen; aber mag in der Zentralleitung sitzen, wer will: wenn sie nicht so viel Last beßt, zwischen derartigen Reibereien und Streitereien hindurch zu laviren, dann wird es bald heißen: die Periode Auer-Fischer-Gerich-Webel-Ginger ist doch nicht so schlimm gewesen; es ist nichts Besseres nachgekommen.

Legien hat erklärt, er will mit mir überhaupt nichts mehr zu thun haben; ich wünschte nur, er wäre schon früher zu diesem Entschlusse gekommen. Wenn er mich vor 3 Jahren nicht gefragt hätte, hätte er den Brief von mir, den er erwähnt, aber nicht verlesen hat, nicht erhalten. Wenn ich ihm aber damals meine **ehrliebe Ueberzeugung** schrieb, dann hätte er doch keinen Anlaß, mit solchem von mir längst vergessenen Brief haustiren zu gehen und allerlei herauszuspintistiren, was nicht drin steht. Legien hat heute den Versuch gemacht, das Lamm zu spielen, welches dem Wolf das Wasser getrübt haben soll. Ich verdanke ihm diesen taktischen Schachzug nicht; an die Sentimentalität des deutschen Arbeiters appellirt man ja nie vergebens. Ich habe aber nicht die Empfindung, in der Rolle des Wolfes mich zu befinden, sondern in der Rolle des Angegriffenen, gegen den der Angriff von langer Hand her vorbereitet war, und in dieser Situation habe ich allerdings meinen Mann gestellt und werde ihn immer stellen, so lange ich lebe und mich wehren kann. Eine nebensächliche Bemerkung von mir, wie die über den Nachgeborenen, greift Legien auf, als hätte ich ihm einen Vorwurf aus seiner Jugend gemacht. Wenn Legien sich noch immer in der Rolle des Lernenden, Strebenden, unsicher Umherstastenden zu befinden glaubt, dann dürfte er die Ritzen nicht legen, die hier schließlich gesprungen sind. Ich breche deswegen, weil ich mich mit einem Genossen auseinandergesetzt habe, mit Niemandem die Beziehungen ab. Geschieht es aber von der andern Seite, das Unglück werde ich noch ertragen. Man kann in unserer Stellung nicht durchkommen, ohne daß man hin und wieder Einem oder dem Andern auf die Hüfteneraugen tritt. Ich wünschte, ich wäre 20 Jahre jünger, als ich jetzt bin, da sollten Sie mal einen Kerl kennen lernen! (Stürmische Heiterkeit.) Wir sind in langen Kampfesjahren wetterhart geworden, haben in Sturm und Gefahr treu zusammengehalten und haben dafür gesorgt, daß das Parteiohnl stets gewahrt blieb; wir können verlangen, daß die, die jetzt kommen und Vorwürfe erheben, die Vorgänge studiren, bei denen sie selbst nicht dabei sein konnten. Wir haben eine Parteiliteratur, reich genug, um auch den jüngsten Genossen darüber zu unterrichten, was vor

K

Jahrzehnten vorgekommen ist, und was wir älteren Genossen mit durchgekämpft und durchgefochten haben. Dieses Verlangen kann kein Vorwurf sein. Der gekränkte, unschuldig angegriffene Legien, so unschuldig, wie er sich stellt, ist er eben nicht. Legien glaubt, hört, vermutet, kundschaftet; und wenn er das gethan hat, bereitet er in aller Stille seine Angriffe vor. Er frägt mich vor Jahren, was ich über die Generalkommission denke. Daraus, daß ich über die Kommission eine andre Meinung habe wie er, **bedauert** er, daß ich keine Sympathie für die Gewerkschaftsbewegung **habe**. Im vorigen Jahre sprach er auf dem Parteitag in Berlin davon, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht vorwärts komme, weil in die Partei zu viel kleinbürgerliche Elemente eingedrungen seien, die Unternehmer-Interessen haben und über ein höheres Maß von Intelligenz als die Fabrikarbeiter geböten. Dagegen erklärte ich:

„Wir im Parteivorstande können den Anspruch erheben, daß wir vermöge unserer Stellung von einer gewissen höheren Warte aus die ganze Sache beurtheilen, die gegeben ist nicht durch unsere Fähigkeiten, sondern durch das uns übertragene Amt, und ich kann erklären, daß die weitverbreitete Annahme, daß in der Partei selbst an einflußreicher Stelle und außerhalb in weiten Kreisen eine ganz entschiedene Abneigung gegen die Gewerkschaftsbewegung vorherrsche, absolut falsch ist.“

Kann man sich rückhaltlos und bestimmter aussprechen, als es hier von mir geschehen ist? Was aber thut Legien? Er unterstellt mir einfach, daß ich diese Erklärung gegen meine wirkliche Ueberzeugung abgegeben, daß ich also vor dem Parteitag geheuchelt habe. Er schreibt in der Nr. 19 des „Correspondenzblatt“:

„Gefühlsache ist das Ganze. Man kann in langen Reden, wie auf dem letzten Parteitage, leicht den Beweis führen, daß seitens der Partei keine Aeußerung gegen die Gewerkschaften vorliegt, und doch persönlich diesen nicht sonderlich gemogen sein.“

In derselben Rede habe ich auch meine Stellung in Bezug auf die traurigen Streitigkeiten innerhalb der Gewerkschaftskreise gekennzeichnet und gesagt:

„Wer die Artikel gelesen hat, die zwischen gewissen Genossen hier und in Hamburg gewechselt worden sind, kann es weiten Kreisen nicht mehr verdenken, wenn sie sagen: wenn unsere eigenen Führer in dieser Weise sich gegenüberstehen, beschimpfen, herunterreißen um Lappalien willen . . . , so können wir uns einer solchen Bewegung nicht anschließen. Ich möchte den Genossen Legien und auch den andern Theil, Kepler und Genossen, recht sehr bitten — ich glaube hier auch aus dem Herzen aller anwesenden Delegirten zu sprechen — daß beide Theile endlich einmal die Streittag begabten.“

K

Nach allen diesen Erklärungen, nachdem er selbst konstatirt, daß ich ihm mit ausgesuchter Höflichkeit in Berlin gegenübergetreten bin, tritt er nach Jahresfrist mit solchen Anschuldigungen in seinem Blatte auf! Legien spielt die Rolle des Marc Anton an der Leiche Cäsars; wie Marc Anton greift er fortwährend an, schließt aber jeden Satz mit den Worten: „Doch Brutus (die Parteileitung) ist ein ehrenwerther Mann.“ Legien will in Zukunft anders behandelt werden, ich verpöche es ihm auf Manneswort, aber daheim, in Hamburg, mag er auch in sein Kämmerlein gehen und sich das Pharisäersprüchlein abgehören: Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie dieser Parteivorstand.

In der Debatte sind eine Reihe recht hübscher Anregungen gegeben worden. Genosse Paul kann ganz ruhig sein. Wenn es gilt, die gewerkschaftliche Bewegung zu fördern, ihr zu helfen, wird die Partei da sein, wie sie zu allen Zeiten dagewesen ist. Paul ist so alt wie ich in der Bewegung. Ich mußte seinerzeit mit ihm zusammen in Berlin das Bündel schnüren, als der kleine Belagerungszustand erklärt wurde. Er muß doch in dieser langen Zeit auch die Erfahrung gemacht haben, daß es über gewisse Dinge früher schon verschiedene Meinungen gegeben hat und auch in Zukunft geben wird. Absprechende Aeußerungen über den Werth der gewerkschaftlichen Bewegung mögen von einzelnen Genossen gethan worden sein; aber von keinem bekannteren Genossen in unserer Bewegung wird dergleichen gebilligt werden. Vereinzelte Erscheinungen darf man aber nicht als allgemein gültig hinstellen und als Beweismittel verwerthen. Hat die Partei es denn an Unterstützung fehlen lassen, als die Gewerkschaften in ärgster Bedrängniß waren, nach den Matkämpfen von 1890 und nach den großen Streiks? Sind die über 100 000 Mark, welche direkt aus der Parteikasse gegeben wurden, um die Wunden zu heilen, welche verunlückte Streiks geschlagen, etwa ein Beweis mangelnder Sympathie? Wahn und wo hat das Solidaritätsgefühl auf Seiten der Partei versagt? Nichts kann dafür angeführt werden, außer vielleicht, daß die Partei aus ihrer Zentralkasse bei Gelegenheit des Zigarrenarbeiter- und des Buchdruckerstreiks nicht den letzten Groschen gegeben hat; das konnten und durften wir aber nicht. Was wir glaubten, unseren Genossen gegenüber verantworten zu können, das haben wir gethan. Wer anders behauptet, kennt die Vorgänge nicht, oder er spricht wider besseres Wissen die Unwahrheit aus. Die Parteikasse wäre schon beim Zigarrenarbeiterstreik pleite gegangen, das Geld wäre bis zum letzten Knopf aufgebraucht worden, wir hätten aber den Zigarrenarbeiterstreik trotzdem nicht retten können. (Sehr richtig!) Wir können Irthümer begehen, das ist Menschen schwäche, aber beweisen müßte erst werden, daß wir gegen besseres Wissen und unter Hintansetzung der Arbeitersache gehandelt haben.

K

Nach dem Zigarrenarbeiterstreik kam der Buchdruckerstreik. 2 1/2 Millionen waren bereits daran gesetzt; was hätten da unsere „lumpigen“ paar Hunderttausende geholfen? Geholfen haben wir an vielen Stellen; daß es nicht ausreichte, liegt am Umfang des Parteifaktels. Stellen Sie uns mehr Geld zur Verfügung, dann wird mehr geholfen werden können!

Was ausgesprochen werden kann, finden Sie in unserer Resolution, nämlich, daß wir den Parteigenossen von Neuem die Pflicht auferlegen, unermüdet für die Erkenntniß der Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation zu wirken und mit aller Kraft für deren Stärkung einzutreten. Aber eine Einschränkung muß gemacht werden, es muß ausgesprochen werden, daß diese Pflicht nur eine moralische Bedeutung haben kann, daß wir kein Mittel des physischen Zwanges haben, und in diesem Punkt drückt sich die Resolution Arons in viel zu verschwommener, unklarer Weise aus. Schoenlant hat die Gründe, warum die Resolution Arons nicht angenommen werden kann, gestern in treffender Weise dargelegt. Der Ausdruck „zwingende Gründe“ ist der verschwiebensten Deutung fähig und legt neue Keime zum Streit. Schoenlant sagt, die Staatsarbeiter dürfen sich nicht organisiren, Genosse Willarg weiß dem gegenüber darauf hin, daß man in Berlin auch solche in den Organisationen habe. Da liegt der Anfang zum Streit bereits vor. Einen neuen Zankapfel wollen wir doch in die Bewegung nicht hineinwerfen. Warum sollen wir uns streiten, wenn selbst Legien zugiebt, im Prinzip verlange die Resolution Auer dasselbe, was Arons verlangt? Sind wir darin einig, so müssen wir doch diejenige Form für den Ausdruck wählen, die den Vorzug der vollen Klarheit für sich hat. Sprechen wir die moralische Verpflichtung aus, und dann mögen die Zwischenfälle, die hier gespielt haben, vergessen sein! Gehen wir als entschlossene Männer hinaus in den Kampf zum Wohle der Partei und der Gewerkschaften! (Beifall.)

Ich erkläre noch, daß das „Teltow-Beeskower Volksblatt“ Eigentum der Genossen der Kreise ist; diese haben Kessler als Redakteur gewählt, wir hätten das gar nicht hinterreiben können. Warum soll Kessler kein Parteiblatt redigiren? Ist er denn nicht mehr Parteigenosse? Ohne unser Zutun ist er von den Genossen gewählt worden und hat nur ihnen gegenüber sich zu verantworten.

In den Vorabstimmungen werden sämtliche zu den beiden Resolutionen gestellten Abänderungsanträge abgelehnt.

Ueber die Resolution Arons wird darauf namentlich abgestimmt. Das Resultat ist die Ablehnung mit 169 gegen 29 Stimmen.

Mit Ja stimmen: Arons, Bekmann, Bilz, Bökert, Fuchs, Gerlach, Grauer, Golzhäuser, John Jost, Jostz, Kagenstein, Kunkel,

K

Begien, Dienau, Luy, Millarg, Reinhardt, Rohrlack, Schaaf, Schmidt-Berlin, Schmidt-Frankfurt, Schmitt-München, Slomke, Ströbel, Türt, Wäffel, Wernicke, Wiehle.

Mit Nein stimmen: Adler, Albert, Antrid, Auer, Bäver, Vater, Bamberger, Bebel, Bécard, Berthold, Bok, Bogasch, Bolno, Breil, Brey, Buder, Dahlen, Deinhardt, Diehl, Dieh, Doppler, Dreyer, Dubber, Eberle, Eichhorn-Dresden, Eichhorn-Wirna, Erdbeer, Fell, Fellgentreff, Fiedermann, Fischer-Berlin, Fischer-Hamburg, Franke, Frik, Frohme, Fülle, Galm, Ged, Gerisch, Gerischer, Gewehr, Geyer, Gockel, Gottschald, Günther, Haase, Hamann, Händel, Harm, Hasche, Heilmann, Heinrich, Herbert, Hesse, Hefmer, Heuzgen, Heymann, Hillermann, Hofmann, Hofmeister, Hofrichter, Hölze, Huber, Hülle, Hug, Huth, Jacoben, Jahn, Jochem, Joest, Kaden, Kaufmann, Keller, Kerzl, Kessler, Kleemann, Klees, Klingenhagen, Kippel, Kobel, Koenen, Köhler, König, Komalowsky, Künzel, Kunze, Kutsche, Lange, Leichhardt, Lehmann, Lehninger, Leopold, Lesche, Lesner, Leven-Solingen, Leven-Neuf, Liebnacht, Lütgenau, Meiß, Meißer, Meiß, Metzger, Metzner, Meyer, Michaelis-Waldenburg, Michels-Köln-Land, Mollenbuh, Müller, Nikulski, Nischke, Dertel, Oßermann, Oßificius, Oster, Oitwald, Paul, Prinz, Quandt, Raue, Reißhaus, Riedel, Röder, Rosenow, Rüd, Schaal, Schallbruch, Schippel, Schleper, Schmalfeld, Schmid-München, Schmidt-Burgstädt, Schmidt-Zwickau, Schmitt-Pirmasens, Schmitt-Crefeld, Schneider, Schoenlant, Schrader, Schröder, Schulz-Berlin, Schulz-Reiherstieg, Schulz-Wenigenjena, Schulze, Schumacher-Mülheim, Schumacher-Solingen, Schumann, Silberschmidt, Singer, Spörkel, Stadthagen, Stamm-Gannshadt, Stamm-Remscheid, Stein, Stephan, Stiriuz, Stolten, Stubenreich, Stüven, Suskof, Thiele, Tiede, Ulrich, Voigt, Wassermann, Wengels, Wehler, Wurm, Zettin, Ziegeler, Zubeil.

Der abwesende Delegirte Drbig läßt erklären, daß er, falls er anwesend gewesen wäre, gegen die Resolution Arons gestimmt haben würde.

Die Resolution Auer wird darauf einstimmig unter lautem Beifall angenommen.

Damit sind die Anträge 85, 86, 88, 105 und die Resolution Schlumberger erledigt. Der Antrag 89 wird abgelehnt.

Der sozialistische Verein „Vorwärts“ in Heidelberg hat die Entscheidung über den Ausschluß eines Mitgliedes dem Parteitag in Köln anbeimgestellt, da die mit der Sache befaßte Kommission sich für inkompetent erklärt habe. Es wird über die Eingabe zur Tagesordnung übergegangen, da der Parteitag sich erst im Wege der Berufung mit der Angelegenheit befassen kann.

Ueber eine fernere Mittheilung, welche die Beschäftigungsdauer von bei Konsumvereinen in Sachen angestellten Genossen betrifft,

K

wird „in Erwägung, daß den Genossen es überlassen bleibt, an die sächsische Landesversammlung mit der Beschwerde heranzutreten“, ebenfalls zur Tagesordnung übergegangen.

Eine Depesche aus Lörrach, wonach der Genosse Stegmüller mit 34 gegen 14 Stimmen zum badischen Landtagsabgeordneten gewählt worden ist, wird mit großem Beifall aufgenommen.

Schluß nach 1 Uhr.

Nachmittagsitzung.

3/4 Uhr. Fell eröffnet die Sitzung mit der Mittheilung, daß bei der Landtagswahl in Mannheim Genosse Gek 196, der National-liberale Ladenburg 198 Stimmen erhalten hat, weil mehrere Wahlmannswahlen fassirt worden seien. Die Wahl werde angefochten werden.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 7:

Antisemitismus und Sozialdemokratie.

Hierzu schlägt der Referent Bebel folgende Resolution vor: „Der Antisemitismus entspringt der Mißstimmung gewisser bürgerlicher Schichten, die sich durch die kapitalistische Entwicklung bedrückt finden und zum Theil durch diese Entwicklung dem wirthschaftlichen Untergang geweiht sind, aber in Verkennung der eigentlichen Ursache ihrer Lage den Kampf nicht gegen das kapitalistische Wirthschaftssystem, sondern gegen eine in demselben hervortretende Erscheinung richten, die ihnen im Konkurrenzampfe unbequem wird: gegen das jüdische Ausbentertum.“

Dieser sein Ursprung zwingt den Antisemitismus zu Forderungen, die ebenso mit den wirthschaftlichen wie politischen Entwicklungsgesetzen der bürgerlichen Gesellschaft in Widerspruch stehen, also fortschrittsfeindlich sind. Daher auch die Unterstützung, die der Antisemitismus vorzugsweise bei Junkern und Pfaffen findet.

Der einseitige Kampf des Antisemitismus gegen das jüdische Ausbentertum muß notwendig erfolglos sein, weil die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen keine speziell jüdische, sondern eine der bürgerlichen Gesellschaft eigenthümliche Erwerbsform ist, die erst mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft endigt.

Da nun die Sozialdemokratie der entschiedenste Feind des Kapitalismus ist, einerlei ob Juden oder Christen seine Träger sind, und da sie das Ziel hat, die bürgerliche Gesellschaft zu beseitigen, indem sie deren Umwandlung in die sozialistische Gesellschaft herbeiführt, wodurch aller Herrschaft des Menschen über den Menschen, wie aller Ausbeutung des Menschen

K